

Erjchein  
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. 30 Pf.  
bei der Geschäftsschule 3.50  
bei den Ausgabenstellen 3.70  
durch Zeitungsbücher 3.80  
durch die Post 3.50  
außschl. Postgebühren  
ins Ausland 6 Pf.  
in deutscher Währung 5 M.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.  
Tel.-Abo.: Tageblatt Posen.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen:  
Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher  
einen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland:  
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzelle (38 mm breit) 30 Gr.  
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Groschen  
Reklameteil 25 Groschen  
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzelle (90 mm breit) 75 Gr.



## Was zur Niederlage führte!

Herr Dmowski und sein Auftreten bei der Friedenskonferenz. — Die verschiedenen Programme. — Wir sind zwar in der Minderheit... — Eine Offenbarung. — „Politische Aufschneiderei.“

Im „Kurier Polski“ vom 21. Mai 1924 lesen wir einen Artikel unter der Überschrift: „Auf dem Wege zur Niederlage“, der ein historisches Dokument ist. Dieser Artikel spricht Wahrheiten ans, die wir niemals bei uns in Polen erwarten haben. Zur Besprechung gelangt ein Buch von Herrn Astenaz, das sich „Erörterung“ betitelt und auf amtlichen Dokumenten fußt.

Der Artikel soll hier zuerst in der Form sprechen, in der er im „Kurier Polski“ erscheint, ohne daß wir es für unnötig halten, noch einmal darauf zurückzufallen. In dieser Angelegenheit wird das lezte Wort sicher noch nicht gesprochen sein. In dem genannten Blatt heißt es:

„In der bekannten Broschüre Stanislaus Astenaz' „Die polnische Grenzfrage auf der Friedenskonferenz“ behauptet der Autor: „Das territoriale Programm der polnischen Delegation im nationalen Komitee (Komitet Narodowy) ist auf Grund der Vorschläge Dmowskis vorbereitet worden, der fast (?) gleichzeitig mit der Aufführung des polnischen politischen Programms während des großen Weltkrieges die Grundlage festlegte, auf deren Grundlage die zukünftigen Grenzen des polnischen Staates gezeichnet werden sollten. Das territoriale Programm der polnischen Delegation war das Ergebnis einer langen und gründlichen Überlegung und verwohlt sich mit der ganzen auf Seiten der verbündeten Mächte stehenden polnischen Politik während der Weltkriegs Jahre von 1914—1918 zu einer organischen Einheit.“

Das heißt, daß im Geiste des Herrn Dmowski die Grenzen des zukünftigen Polen oder schon genau vom Anfang des Krieges an markiert waren, daß also sein Territorialprogramm den ganzen Krieg hindurch das vorstellte, was die Franzosen im Block nennen. Es kommen in ihm den außenpolitischen Verhältnissen entsprechend gewisse Abweichungen vor, aber die Grundlage, auf die es sich stützt, war Granit. Betrachten wir einmal diesen „Block“.

„Wenn die Polen über ihr Polen sprechen, meinen sie das ethnographische Polen.“ So sprach Herr Dmowski am 8. Juli 1915 in Petersburg, wobei er nicht missverständlich auf Litauen, Podolien und die Ukraine verwies. So sprach er zu einer Zeit, als die Voraussetzung zur polnisch-russischen Verständigung überdies die Loslösung des Tholmer Landes (Chelmzchia) vom Königreich und Ostgalizien von Kleinpolen war. Alle diese Gebiete östlich der ethnographischen Grenze Polens sollten bei Russland bleiben.

In der amtlichen Veröffentlichung des Generalsekretariats der polnischen Delegation Alten und Dokumente, die polnische Grenzfrage auf der Friedenskonferenz in Paris betreffend, finden wir eine von Herrn Dmowski dem Präsidenten Wilson am 8. Oktober 1918 vorgelegte Denkschrift, die das polnische Territorialprogramm enthält: „Die Schaffung eines unabhängigen litauischen und ukrainischen Staates, — so lesen wir dort —, würde entweder Anarchie oder Regierung von Ausländern und Deutschen bedeuten. Die Rückkehr dieser Gebiete zu Russland würde eine nicht geringere Anarchie und nicht geringeren Staatstand auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet nach sich ziehen. Der Wiederaufbau Polens wiederum auf diesem geräumten Territorium würde den polnischen Staat über seine Kräfte hinaus belasten.“ Die praktischen Folgerungen, die Herr Dmowski aus diesen durchaus negativen Voraussetzungen zieht, sind ziemlich überraschend. Ein Gebiet mit einer kaukasisch fixierenden Mehrheit müßte als Land für sich organisiert und mit dem polnischen Staat auf der Basis der Autonomie verbunden werden. Dieses Land würde das Königsberger, den nordwestlichen Gürtel des Wilnaer, den nördlichen größeren Teil des Suworow Gouvernements und den nordöstlichen Gürtel Ostpreußens umfassen. Die Südliche Kurlands mit Polangen und der folgende Gürtel bis zum Punkte im Norden von Lübeck würden gleichzeitig einverlebt werden, dessen Verhältnisse zu Polen Herr Dmowski in einem weiteren Abschnitt zur Abweichung als „Fortsetzung der Union mit Polen“ bezeichnet. Das Territorium Polens im Osten des Königreiches sollte der übriggebliebene Teil des Wilnaer Gouvernements mit Wilna, das Gouvernement Grodno, den größten Teil des Gouvernements Minsk mit den Städten Minsk, Slutsk und Pinsk, Wolhynien und Westpodolien mit Rostow nad Donem und mit dem podolischen Kaniw sowie dem damaligen „Wien“ dargestellt. Wenn Kurland und Livland nicht zu Russland gehören sollten, müßte man für Polen den westlichen Teil des Gouvernements Mithkal mit Dünaburg und die Ostländer Kurlands fordern.“ Alle Territorien östlich dieser neuen Provinz Dmowskis sollen bei Russland verbleiben.

Im Jahre 1915 behauptete Herr Dmowski, daß „den nationalen Charakter eines Landes nicht die Sprache der gebildeten und bestehenden Mehrheit, sondern die Sprache der Volksmasse und entscheidende Masse“ sei. Im Jahre 1918 motiviert er — unter einer entzückenden Adresse an Wilson — sein neues Ostgrenzenwunderbar gewöhnliches Argument, daß auf den oben erwähnten Territorien die Polen zwar in der Minderheit sind, daß jedoch „sie die einzige geistige und wirtschaftliche Macht im Lande sind.“ So sieht das von Beginn des Krieges an einheitliche Programm des Herrn Dmowski aus. Allerdings, „nur die Dummen ändern nie ihre Meinung“, aber man darf das nicht übertreiben. Übrigens ist es damit noch nicht zu Ende.

Dieses neue Programm des Herrn Dmowski wurde die Grundlage des auf der Sitzung des polnischen Nationalkomitees in Paris am 2. März 1919 gefassten Beschlusses und der auf ihn gestützten Denkschrift der polnischen Friedensdelegation an die Kommission für polnische Angelegenheiten auf der Friedenskonferenz vom 3. März 1919. Hier fordert Herr Dmowski schon — l'appétit vient en mangeant — Polangen und Livland für Polen. Als er aber hinterher die östliche Grenzlinie genau zeichnet, behält er zum Schein sein Washingtoner Programm bei. Die Reste der ehemals polnischen Gebiete der Verteilungszeit fordert Polen nicht, obwohl mit Bedauern, und zwar mit Rücksicht auf die innere Kohäsion des zukünftigen Polens. Aus den Erörterungen im Komitee erfahren wir, was diese Kohäsion bedeutet: Herr Dmowski versichert dort, daß man keine Angst haben braucht, daß im zukünftigen Sejm — wenn auch schon — 75 Prozent polnische Abgeordnete seien, denn wenn auch 25 Prozent nichtpolnische Abgeordnete sein sollten, so werden sich doch immer 25 Prozent Polen

finden, die um des Christenwesens willen sich mit ihnen verbinden, wenn jene bei ihnen Unterstützung suchen.“ „Wir sind nicht, sagt Herr Dmowski, ein ideales Volk.“ Mit anderen Worten: Die Festlegung der polnischen Ostgrenze sollte in der Weise durchgeführt werden, daß der „ideale“ Teil des polnischen Volkes, alias die nationale Demokratie, immer die Mehrheit im Sejm hätte. Ein erhebender Gesichtspunkt!

Die Vorlesung des Herrn Dmowski vom 2. März 1919 an die versammelten 16 Mitglieder des Nationalkomitees ist ein überhaupt noch nicht beurteiltes historisches Dokument. „Das Nationalkomitee“, sagte Herr Dmowski, indem er den Grundzustand jeglicher Föderation erwartet, „nahm nur den Grundzustand einer Absonderung des ethnographischen Litauens an“, und zwar deswegen, weil dieses Element „sehr frühzeitig organisiert ist und während des Krieges viel Lärm in der Welt gemacht hat“; schließlich kann man möglicherweise Litauen nur eine kulturelle Autonomie verleihen, politisch es aber so beherrschen, wie das übrige Polen. Das ist „Fortsetzung der Union“!

Der Gipfel alles dessen ist aber die Art, wie Herr Dmowski den Versammelten weiter die nach Osten gehenden territorialen Ziele zeigte: „Natürlich ist es unangenehm,“ — sagte er — „daß wir unseren früheren Gebietsumfang verringern. Jedoch, wie sich heute die Ansichten der Alliierten über Russland zu gestalten beginnen, ergibt sich daraus durchaus nicht, daß das, was wir dem polnischen Staat nicht einverleben, russisch werden wird, denn vieles spricht dafür, daß die Alliierten am Programm festhalten werden, Russland bis auf die Grenzen des Barentums Moskau zu reduzieren.“

Das war ein halbes Jahr nach der Aufführung der amerikanischen Regierung in einer Denkschrift Lénings an den Präsidenten Wilson, daß mit Ausnahme Polens alle Besitzungen des früheren Russlands diesem zurückgegeben werden sollen. Das war in einer Zeit, in der die Westmächte mit allen Kräften die gegenrevolutionären Bestrebungen forcierten, als sich Prinzip vorbereitete, als — und das ist am wichtigsten — geheime Verhandlungen auf der Friedenskonferenz zwischen den Alliierten und der österreichischen Regierung — Polozat über seine Anerkennung der Unabhängigkeit Polens sowie über eine schiedsrichterliche Eingang zwischen ihm und Polen betreffs der Grenzen unter Vermittlung eines Schiedsgerichts des Obersten Rates, ebd. des Völkerbundes sich aussprach. Prof. Müller, der über diese Verhandlungen schreibt, sagt, daß die Friedenskonferenz die Antwort des Admirals Polozat sogar als befriedigend ansah. Sonderbare Befriedigung, wenn Prof. Astenaz in seinen „Erörterungen“ („Uwagi“) auf Grund der Alten behauptet, daß Polozat die Zustimmung zur polnischen Grenze von der russischen Konstituante abhängig gemacht. Woher nahm denn Herr Dmowski seine Behauptungen über die Absichten der Alliierten, Russland auf die Grenzen des Großherzogtums Moskau zu reduzieren? Das ist auf den ersten Blick schwer zu verstehen. Man sieht nur, daß er nicht die geringsste Vorstellung hatte, was in Sachen Osteuropas sich hinter den Kulissen der Friedenskonferenz abgespielt. Wie weit seine Unkenntnis der Lage ging, das beweist die Fortsetzung seiner Vorlesung im Komitee, in welcher er geradezu mit einer Offenbarung hervortrat. „Der Friedensvertrag, der zurzeit unterschrieben werden soll, soll eine Erneuerung im Leben der Völker schaffen, besonders den Völkerbund ins Leben rufen, und ein Gefüge, besser ein Abkommen, den Völkerbundvertrag, der durch einen der Alliierten vorgeschlagen worden ist und fertig in diesen Vertrag übernommen wurde, sieht vor, daß es Territorien geben wird, die im Auftrage des Völkerbundes durch dazu bevollmächtigte und besiegte Mächte verwaltet werden sollen... Es ist also durchaus möglich, daß der russische Staat auf Großrussland reduziert wird, daß dafür eine ganze Reihe von Gebieten unter die Verwaltung verschiedener Großmächte gerät. Es ist möglich, daß den Kaukasus eine Macht, die Armee eine zweite, die Ostseeprovinzen eine dritte, und in diesem Falle könnten auch wir mit dem Vorschlag hervortreten, die Vormundschaft und Verwaltung derjenigen Provinzen zu übernehmen, die zur ehemaligen Republik gehören. Das wäre sehr wichtig, denn es würde unseren Einfluß und unsere Macht über die ganzen Gebiete ausdehnen, die zur ehemaligen Republik gehören, und würde uns nicht Abgeordnete aufzuhören aus Gebieten, in denen unser Einfluß sich machen.“

Hier tritt bereits auf den zweiten Plan die Tatsache, daß Herr Dmowski vollkommen über das nicht orientiert war, was auf der Friedenskonferenz vor sich ging. Aber die Illusion, die er den naiven Mitgliedern des Komitees vorzergibt, die Mandate des Völkerbundes in bezug auf die Ukraine und Ostwolhynien, das alles ergibt jedoch — mit einem Wort: Unsinn — ein ungemein charakteristisches Bild vom letzten Territorialprogramm des Herrn Dmowski. Das Programm ist ein grundsätzliches, indem es auf der Wiederauflösung Polens in den Grenzen von 1773, wenn nicht 1868, fußt, jedoch auf solche Art und Weise, daß die „idealen“ Polen in diesem Staat — in ihrem Sejm die Mehrheit hätten. Das ist doch ein „Stückchen“!

Dieses schon unwiderruflich leichte Programm des Herrn Dmowski, eine geradezu monumentale politische Aufschneiderei, hatte offensichtlich den Zweck, angesichts des Verfalls Russlands die Spuren seiner in bezug auf Polen ethnographischen Ansicht zu verwischen. In bezug auf die polnische Meinung kommt die — einige Zeit Erfolg — und gerade durch Hinterwerfen dieser Aufschneiderei, und gerade durch Herrn Dmowski, durch ein Mitglied und Führer des polnischen Teiles des „Sowjetrusslands“ (sowieszczania) vom Jahre 1915, wenn auch mit Auslassung der „Mandat“-Ausführungen, auf der Friedenskonferenz, war eine Vermessenheit, die schlecht enden mußte.

Hier gelangen wir nun endlich zu dem am meisten dramatischen Moment in der Geschichte der polnischen Frage von 1914 bis zur großen Niederlage Dmowskis in Paris in bezug auf die polnische Ostgrenzenfrage, einer Niederlage, die endlich im Buch des Prof. Astenaz auf Grund amtlicher Akten und Dokumente klar gestellt worden ist.

## Das osteuropäische Nationalitätenproblem und der Völkerbund.

Von einem guten Kenner von Theorie und Praxis des Minderheitenproblems beim Völkerbund werden uns die folgenden Ausführungen zur Verfügung gestellt. (Die Schriftleitung.)

Die Geschichte des Raumes zwischen Nordsee, Donaubecken und den asiatischen Grenzen Russlands war in den letzten Jahrhunderten den Weg immer stärkerer machtpolitischer Kräfte zusammenballt gegangen. Russland, Österreich-Ungarn, Deutschland waren die drei Kräftepunkte, von denen zuletzt fast allein die Geschichte der Völker in diesem Gebiete bestimmt wurde. Durch Entbindung und Zusammenfassung wirtschaftlicher und allgemein zivilisatorischer Kräfte haben die drei Großmächte die Leistung vollbracht, die gerade in unserem die materielle Wahlfähigkeit über alles stellenden Zeitalter Anerkennung beanspruchen dürfte. Dabei war die Aufgabe wesentlich schwerer als die entsprechende Aufgabe für die Westmächte. Im Westen lagen die geographischen Bedingungen vor, die jede Tendenz zur Konzentration in bestimmte Linien drängten müssen. Im Osten handelt es sich um Landgebiete, die gewiß stärkste landwirtschaftliche Unterschiede aufweisen, aber doch an den Grenzen immer wieder ineinander fließen. Dieser geographischen Lage entspricht das bunte Bild der völkischen Besiedlung. Nicht davon betroffen sind die Stammländer des deutschen Volkes. Aber schon im Osten und Südosten Deutschlands und Deutsch-Ostreichs springen Inseln fremden Volksstums in deutsche Kernlands hinein. Und je weiter man nach Osten vordringt, um so unentwirrbarer wird das Bild: Großrussen, Weißrussen, Ruthenen, Esten, Letten, Litauer, Polen, Tschechen, Slowaken, Magyaren, Serben, Kroaten, Rumänen, Deutsche und Juden liegen in einer Gemengelage, die jeder Sonderung durch seltene Grenzziehung spottet. Wohl lassen sich in den meisten Fällen Kernsigne der einzelnen Nationalitäten unterscheiden. Aber schon in ihrem Mittelpunkt fehlt fast stets die nationale Einheit. Weiter an der Peripherie drängen die Nationen ineinander.

In dem früher gern zitierten Satz von Österreich-Ungarn, daß es erfunden werden müßte, wenn es nicht bestände, findet die Schwierigkeit des Problems der Staatenbildung in Osteuropa ihren prägnanten Ausdruck. Der geschlossene Nationalstaat ist nicht die Form, in der Osteuropa seine staatlichen Aufgaben lösen kann. Das österreichische Problem, bisher eine spezifische Sorge des Habsburger Reichs, ist zu einer europäischen Angelegenheit geworden. Die neuen Staaten glauben die gegenwärtige Konjunktur dazu nutzen zu sollen, durch rücksichtslose Internationalisierung ihrer Fremdvölker die ihnen drohenden außenpolitischen Gefahren zu beseitigen. Darin liegt eine Überschätzung wie auch eine Unterschätzung des Nationalitätenproblems.

Die Kräfte, die zur Bildung des Habsburgerreichs, zur Expansion Russlands und zur Teilung Polens geführt haben, hatten mit nationalem Chauvinismus überhaupt nichts zu tun. Machtpolitische Tendenzen, das Fehlen natürlicher Grenzen, und wirtschaftliche Notwendigkeiten waren hier am Werk und werden es bleiben. Sehr mit Recht ist hervorgehoben worden, daß die Untragbarkeit des westpreußischen Korridors für Deutschland mit dem Verschwinden des letzten Deutschen aus Ostpreußen nicht geringer werden wird.

Die Vorgänge der letzten Wochen haben gezeigt, auf wie schwankender Grundlage die Kräfte stehen, die das neue Europa zusammenhalten. Die Lockerung der kleinen Entente und der Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tschechoslowakei, England — Polen zeigen, daß ein altes osteuropäisches Ordnungsprinzip gestorben, ein neues aber noch nicht wieder georeten ist. Man reist nicht ungestraft in Jahrhunderten organisch gewachsene einheitliche Wirtschafts- und Verkehrsgebiete auseinander. In einer Zeit, die sich gewöhnte, in Teile zu teilen, bietet Osteuropa das Bild rivalisierender, Soldaten spielender, Kampf der Westmächte um die Nachfolgestaaten, Italien und Jugoslawien, Frankreich — und Tsche

osteuropäischen Minderheitenschutzverträge schufen. Ein leises Verantwortungsgefühl regte sich gegenüber dem unerhörten Wagnis der Auflösung Jahrhunderte alter Gebilde. Wilsonscher Dilettantismus hatte geglaubt, mit der Formel des Selbstbestimmungsrechtes der Völker eine Aufgabe lösen zu können, für deren Lösung neben der Einsicht in das geographisch bedingte osteuropäische Raumproblem die Erkenntnis Vorbedingung gewesen wäre, daß jede Grenzverschiebung nur eine Verlauterung der Vorzeichen im nationalen Kampf sein konnte. Damit soll gewiß nicht gesagt sein, daß die Grenzfragen nebenfächlich sind; sie zu erörtern, ist hier nicht die Aufgabe. Aber soviel muß klar werden, daß es keine Sicherung des Weltfriedens war, wenn man den Nationalitätenkampf in acht neue Staaten verlegte.

Nicht das Selbstbestimmungsrecht privilegierter Völker, sondern die gemeinsame Gestaltung eines gemeinsamen Schicksals durch alle osteuropäischen Völker muß die Lösung sein. Die Wege dazu sind allerdings durch die Blindheit der Politiker, die nur an die Verwirklichung des Gegners, aber nicht an den Neuanfang ansetzen, fast hoffnungslos verbaut. Der französische Stolz des Siegers von fremden Gnaden, die falsche Ideologie des geschlossenen Nationalstaats und nicht zuletzt das Gefühl der eigenen Schwäche hat die nationalistische Intoleranz nie erlebt Formen annehmen lassen. Die Geschichtsschreibungen, die im Kampf um die Unabhängigkeit den Nachweis erbringen sollten, daß jedes freie Volkstum nur durch Gewalt und Unrecht in die „ur-alten“ Sitz des eigenen Volkes eingedrungen sei, müssen jetzt die Rechtfertigung für den Kampf gegen die Minderheiten abgeben.

Dem Völkerbund ist hier eine Aufgabe gestellt, an der er seine Existenzberechtigung erweisen kann. Aber die Lösung wird ihm nicht gelingen, wenn er in jeder klagenden Minderheit einen Querulant und in seiner eigenen Tätigkeit nur die Erfüllung einer unbequemen Charitas erblickt. Hier kann es sich zeigen, ob die Entstehung aus dem Feindpunkt ein unverlierbarer Charakterfehler ist, oder ob der Völkerbund einmal entstanden, eigenen Gesetzen folgen und aufbauende Leistung vollbringen kann. Das Ringen von Volkstum zu Volkstum wird er nicht hindern können. Mit schwächerem Pazifismus läßt sich der Friede Osteuropas nicht sichern. Was sich erreichen lässt, ist eine Neutralisierung des Nationalitätenkampfes, ist eine Verlegung des lebensbefruchtenden Messens der eigenen völkischen Art an der des andern auf eine andere Ebene als die machtpolitischer Grenzkämpfe.

Was der Völkerbund bisher auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes getan hat, ist sehr wenig. Niemand wird erwarten, daß der Rat mit lärmender Bravour seine Rechte den Nachfolgestaaten aufzwingt. Aber wenn man auch gern anerkennt, daß es klug ist, die Empfindlichkeit der jungen Staaten nach Möglichkeit zu schonen, der Völkerbundsrat ist auf diesem Wege reichlich weit gegangen. Das zeigte sich einmal darin, daß er die verhältnismäßig toleranten Vorschriften für das Verfahren in Minderheitsangelegenheiten, die er am 22. Oktober 1920 auf den Bericht Titonis erließ, langsam verschärft hat, mit der wesentlichsten Wirkung, daß normalerweise eine Minderheitsbeschwerde jetzt erst nach 3–6 Monaten zur Kenntnis der Ratsmitglieder gelangen kann. Das zeigt sich weiter in der Tatsache, daß von den zahlreichen Eingaben, die seit dem Sommer 1920 angingen, beim Sekretariat einzugehen, bis heute erst drei auf die Tagesordnung des Rates gekommen sind, und das zeigt sich besonders in dem Verlauf, den die Angelegenheit genommen hat, die als einzige eine bis ins einzelne gehende Untersuchung gefunden hat, die polnische Frage. Was hier an Versuchen des Rates geleistet worden ist, durch immer neue Vermittlungssformen Polen ein Abbiegen von seinem minderheitswidrigen Verhalten zu ermöglichen, ist gewiß anerkennenswert. Aber das peinliche Bestreben des Rates, der polnischen Regierung den Rückzug zu erleichtern, hat zu einer bedenklichen Erschütterung des Vertrauens in die Handlungsfähigkeit des Rates geführt. Daz nach Bekanntwerden der beiden Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofs der Rat der polnischen Regierung durch die Zaghastigkeit seines Auftretens die Chance zu zeigen schien, sich ihren nunmehr einwandfrei festgestellten Verpflichtungen zu entziehen, das gehört zu den Unbegreiflichkeiten der Politik, die von der Offenlichkeit als böser Wille bedeutet werden, während sie in Wahrscheinlichkeit wohl nur in menschlicher Unzulänglichkeit und Oberflächlichkeit ihren Grund haben. Das geradezu beispiellose Verhalten einzelner polnischer Parteien, das sich bis zu den unziemlichsten Beleidigungen des ständigen internationalen Gerichtshofes versteigert, scheint dann dem Rat die Folgen seiner Schwächlichkeit klar gemacht zu haben. Im Dezember in Paris ist mit Nachdruck und mit einer bisher nicht erlebten Gründlichkeit, die sich die Zeit nahm, auch in Einzelheiten sich zu vertiefen, versucht worden, zu retten, was noch zu retten ist. Besonders hat man sich in letzter Stunde auf die Pflicht besonnen, für die Unangreifbarkeit von Entscheidungen des ständigen internationalen Gerichtshofs einzustehen, mögen sie in Form von Urteilen oder Gutachten sich kleiden. Also eine Wendung zum Positiven darf verzeichnet werden. Möchten bisher Zweifel in das Ausmaß der eigenen Zuständigkeit die Aktivität hemmen, so sind sie durch das Gutachten des Gerichtshofes beseitigt. Auch sonst haben die Gutachten gezeigt, daß die Grundsätze des Minderheitenrechts nicht die entsagenden Phrasen sind, für die sie vielfach gehalten werden, sondern daß sie durch gründliche juristische Interpretation zum Maßstab der Minderheitspolitik der beteiligten Staaten in großem Umfang gemacht werden können. Der Weg ist frei für eine Minderheitspolitik des Völkerbundes, die sich ihrer Verantwortung für die Zukunft Osteuropas bewußt ist.

## Im Kampf ums Recht.

### Deutsche hier — und Polen dort!

Der „Dziennik Berlinński“ schreibt: „Die nationalistische „Oberschlesische Morgenzeitung“ hat bei der Besprechung des Wahlergebnisses in Oberschlesien die Lage mit zwei Worten bezeichnet, die die deutsche Seele der Gegenwart wohl charakterisieren: Polnische Gefahr. Diese Gefahr sieht das Blatt in der Zahl der Stimmen, die auf die Liste der polnischen Volkspartei fielen. Aus dieser Tatsache zieht es den Schluss von der Notwendigkeit des Schutzes dieser Partei des Staates vor den Polen durch eine verstärkte antipolnische Politik. Nicht dieser Schluss rückt uns und noch weniger das Gecken des deutschen Blattes, dessen Ziel die Befreiung antipolnischer Propaganda ist. Doch muß jeden, der die Bedürfnisse der Stunde nüchtern beurteilt, die Stimmung der Deutschen, die nichts zu lernen imstande sind, verständen. Weder der verlorene Krieg, noch die territorialen Verluste, noch die ungezählten Demütigungen, denen sie ausgesetzt sind, haben sie auf den Weg der Vernunft zurückzuführen vermocht.“

Und bei der Besprechung der unseres Lesern bekannten Rede des preußischen Kultusministers Dr. Voelkli, die in Gleiwitz anläßlich der großen alddeutschen Propaganda in Oberschlesien gehalten wurde, wendet sich dasselbe Blatt gegen die „Mäßigung“ der Regierung gegenüber der polnischen Bevölkerung. Es weist darauf hin, daß diese Mäßigungspolitik keine Resultate gebracht habe, daß solche Erklärungen des preußischen Ministers auf unfruchtbaren Boden fallen und nur zur Entwicklung der polnischen Ränke beitragen, und zieht den ganz unerwarteten Schluß, daß man, wenn man hier — in Oberschlesien — Dauerhaftes eringen wolle, den Geist des Volkes gewinnen müsse (natürlich in dem Sinne — nach den Worten des halbstädtischen Blattes —, daß dieses Volk preußisch empfunden lernt). Die erste Bedingung für die Erhaltung Schlesiens ist also die stärkere Verknüpfung unseres Landes mit Preußen. Ein klares und offenes Programm. Was das nämlich bedeutet, sich darum zu bemühen, daß das Volk preußisch empfunden und unser Land stärker mit Preußen vereinigt. Das braucht nicht lange erklärt zu werden. Denn es bedeutet nichts anderes, als die Rückkehr zur alten brutalen Politik der Gewalt der Übermacht, der Ausnahmegesetz und der Entnationalisierung vor dem Kriege. Kurz, das Aufgeben der gegenwärtigen Politik in Hanßdöchen, zu der sie durch die Verträge genehmigt wurden, und das offene Herausreten an die Unterdrückung und Drosselung des Polentums.

Es ist zweifellos die Tatsache charakteristisch, daß die Zentrumsprese in ihrem Polenfressertum von der nationalistischen Presse nicht viel abweicht. Auch sie schreibt von der „polnischen Gefahr“, nur sind die Methoden, die sie empfiehlt, noch heuchlerischer und widerlicher. Wie steht es denn nun mit der „polnischen Gefahr“ in Wirklichkeit? Den Deutschen fällt es schwer, sich mit der Tatsache abzufinden, daß das übergeschlossene Volk zum nationalen Leben erwacht ist. Sie erinnern sich mit Wohlgefallen der Zeiten, da unser Volk vom Deutschen gegängelt wurde und den biegsigen Herren und Kapitalisten Dienste leistete, für sie stimmten und in Frieden das kleinen Brot aßen, das ihnen die Herren gaben. Sie können und wollen nicht verstehen, daß die Welle des nationalen Bewußtwerdens auf geeignete, nur seit langem vernachlässigte Boden sei. Es hilft nichts, die Zeit lehrt nicht wieder. Und es fehlen auch die früheren „guten“ Zeiten der geistigen Knechtschaft unseres Volkes nicht zurück. Will man aber in unserem Volke den preußischen Geist werden, dann heißt das: wollen, daß es von seiner Ehre vergift, seine Sprache verwarf und der Verbindung mit den Brüdern jenseits der Grenze entagt.

Unser Volk befand sich lange in dieser geistigen Knechtschaft. Über alle Bemühungen, es wieder dahin zu bringen, sind verpaßt. Der Oberschlesier wird niemals Preuße sein, weil er Pole ist und sein wird. Und wenn auch das Nationalbewußtsein noch nicht zu allen Gedanken ist, so sehen wir doch einen ständigen Fortschritt in dieser Richtung. Mit Stolz betonen wir, daß wir bei den gegenwärtigen Wahlen kein Kompromiß eingingen und abschließlich keine Kompromissparolen von der nationalen Sonderheit der Oberschlesier verhinderten, obwohl wir dadurch eine größere Stimmenzahl hätten zusammenbringen können. Wir haben das nationale Banner, das Banner des Polentums, offen herausgestellt und sehen mit Stola, wie sich um die klare und unverfälschte Parole 50 000 polnische Stimmen scharten.

Für heute genügt uns dies, denn wir wissen, daß sich noch ein langer Prozeß vollziehen muß, bis unser ganzes Volk aufgewacht ist. Aber auch dieser Augenblick wird kommen. Diese Welle wird keine Zentrumsheudelei, um so weniger eine Politik der Gewalt und der Entnationalisierung aufhalten. Die Deutschen wissen davon. Deshalb schlagen sie an die Alarmglocke und verkünden überall die „polnische Gefahr“. Nein! Die polnische Bewegung in Oberschlesien ist nicht gegen die deutsche Nation gerichtet. Sie ist nur das natürliche Resultat der Nationalitätsverhältnisse in unserem Lande. Wir gehen nicht den Weg der Gewalt, sondern wir verlangen einzig und allein unsere Rechte. Diese Rechte garantieren uns nicht nur die deutsche Verfassung, sondern auch die Genfer Konvention. Das wären zu schwache Garantien, denn die Deutschen brechen auch feierlich eingegangene Verpflichtungen. Diese Rechte garantieren uns die humane Gerechtigkeit, die sich zwar langsam, aber sicher Gehör verschafft. Gegen eine solche Welle anzukämpfen, wie es die Deutschen tun, ist der Beweis völiger Unvernunft.

Die Deutschen hatten Posen, Pommern, Schleswig und Elsaß-Lothringen in ihrer Hand und bemühten sich, sie mit Gewalt zu verdeutschen. Die Folge davon war, daß überall der Nationalgeist geweckt wurde, der die Deutschen zur Katastrophe führte. Die polnische Gefahr schafft sich die Deutschen selbst. Durch Gewalt und brutale Politik tragen sie nur dazu bei, daß der nationale Geist bei unserem Volk gestärkt wird. Und wenn dieser Geist ihr Hauptfeind ist, so ist der Kampf mit ihm nutzlos. In dem Kampfe werden die Gegner früher oder später unterliegen müssen. Deshalb bliden wir ruhig in die Zukunft, die uns gehört, ohne Gemütsart, die wir als unnötig und schädlich betrachten, zu gebrauchen oder zu ihnen aufzurufen. Nur durch die guinwillige und gänzliche Gewährung der uns auf Grund der Verfassung und der internationalen Verträge zustehenden Rechte werden wir zu einem einträchtigen Zusammenleben kommen, und für die Deutschen wird jede Furcht vor der „polnischen Gefahr“ schwanden.“

Der „Dziennik Berlinński“ hat diesen Artikel der „Województwo Godzienki“ entnommen. Wir bringen ihn hiermit als Beleg. Interessant sind sehr viele Punkte, die uns verständlich werden, sobald wir statt polnisch — deutsch lesen. Es wird sich mancher Schluß daraus ziehen lassen. Daß die Zeitung die Ausschreibungen des Herrn Ministers Voelkli anzweift, ist unrichtig, daß sie die Stimme der „Oberschlesischen Morgenpost“ als die Stimme Preußen und Deutschlands zitiert, ist verfehlt. Wir kennen hier die „Morgenpost“ nicht und wissen auch nicht, aus welchen Gründen sie eine solche Stellungnahme vertritt; aus dieser Stimmung aber gleich eine Staatsaktion zu machen und Verdrückung herauszukonstruieren, Verdächtigungen zu äußern, wie es die deutsche Presse in Polen nie tut, — das ist doch etwas sehr merkwürdig.

Wir sind unbedingt dafür, daß den Minderheiten in Deutschland die Rechte gewährt werden, die wir fordern. Wir kämpfen gegen jede Unterdrückung. Auch wir haben ein Programm, obwohl das Programm noch nicht im entferntesten das Programm des Polenbundes in Deutschland heranreicht.

Die polnischen Minderheiten in Deutschland haben einen Polenbund, der die „Verbindung mit den Brüdern jenseits der Grenze aufrecht erhält“. Und ist der Deutschtumsbund

geschlossen worden, obwohl dieser mit unseren Brüdern jenseits der Grenze nichts zu tun hatte, sondern eine Interessenvertretung der hier verbliebenen Deutschen war. Wir erfahren fast nichts oder doch nur ganz unverhältnismäßig wenig von den Übergriffen gegenüber. Was hier geschieht, davon geben die Interpellationen im Sejm Kenntnis. Wir lesen nie etwas davon, daß in Deutschland irgend ein Sozialvereinsvermögen liquidiert wird, aber wir erfahren hier, daß man einem Sportverein, dem Rubenverein „Germania“, das Bootshaus und das Vereinsvermögen liquidiert und einen Zwangsverwalter einsetzt, obwohl der Rubenverein „Germania“ gar nicht liquidiert werden kann, weil er einmal mit reichsdeutschen Mitgliedern nichts zu tun hat und weil belegt werden kann, daß einwandfrei polnische Staatsbürger, die sich nicht politisch betätigten, diesen Verein leiten, und weil solche Bürger des polnischen Staates nicht liquidiert werden können. Hier sehen wir Mißgriffe, die mit aller Schärfe zurückgewiesen werden müssen.

Wir sehen die langen Listen der Liquidierungen im „Monitor Polski“ beinahe jeden Tag, wobei sogar einwandfrei polnische Staatsbürger der Liquidation ausgesetzt werden, trotz der Erklärungen von Grzegorz Koźmiński vor dem Völkerbundsrat. Wir sehen das alles bei uns in Polen jeden Tag. Wir hören die Hebe des größten Teiles der polnischen Presse gegen die Deutschen in Polen, wie sie in Deutschland nicht im entferntesten besteht.

Wir hören hier nie davon, daß ein polnischer Minister eine Rede bei einem offiziellen Anlaß halten würde, die einer Rede des preußischen Kultusministers an die Seite gestellt werden könnte. Aber wir hören Reden, wie die Rede im Goldenen Saal aus Anlaß der Eröffnung der Posener Messe und die Rede des Herrn Ministers Straßburger in Danzig.

Wenn eine Zeitung in Deutschland gegen die Minderheiten geht — was wir durchaus verurteilen, denn wir kämpfen nicht für unsere Minderheit in Polen allein, sondern für die Minderheiten schlechthin —, dann beklagt sich der „Dziennik Berlinński“ über Bedrückung. Wir können nur darüber lächeln, wenn wir das mit der Sage bei uns vergleichen, wo sich täglich über uns eine Flut von Schandbrüten und Forderungen der Presse ergiebt. Wir haben uns an diese Heftigkeit gewöhnen müssen, und wir beklagen uns darüber nicht so sehr. Denn das ist in Fragen, wie sie uns jetzt geschehen, von untergeordneter Bedeutung. Aber mit tiejem Wehr erfüllt es jeden in Polen lebenden Deutschen, wenn er sieht — wie es zum Beispiel die Interpellationen bei der Eröffnung des Sejm belegen —, wie man gegen die deutsche Minderheit wirklich „hartkräftig“ vorgeht. In unseren Schmerz und unser Leid fallen dann solche Slogans des „Dziennik Berlinński“ über Hebe, die man als Unterdrückung hinstellt wie ein kleiner Scherz.

In Deutschland beklagt man sich über die deutsche Unterdrückung. Aber die Sozialvereine in Bochum haben ein großes öffentliches Fest gefeiert mit Umgang durch die Straßen, ohne belästigt worden zu sein. Wo — so fragen wir — wäre das bei uns möglich? Ja, wäre es selbst in Bielsk möglich, wo 80 Prozent der Bürger Deutsche sind? Wäre das in Oberschlesien möglich, wo ein großer Teil der Staatsbürger deutsch ist?

Wir können das den Minderheiten in Deutschland von Herzen. Wenn man dann aber bestmöglich behauptet, die deutsche Regierung treibe diese „Handschuhpolitik“ nur deshalb, weil sie dazu gezwungen sei, so ist das eine Verdeitung. Deutschland treibt diese Politik, weil es diese als Recht erkennt; es betreibt diese Politik aus Toleranz.

Dort kann der „Dziennik Berlin“ mit Genugtuung schreiben, daß die Arbeit des Polenbundes vorwärts geht. Wir können das nicht, weil uns jede Möglichkeit zur Entwicklung fehlt. Wir freuen uns, daß man in Deutschland die polnischen Minderheiten diese Feststellung machen kann; uns stehen für unsere inneren Aufgaben noch keine Gelegenheiten zur Verfügung. Wir erschaffen den Augenblick, da es uns auch einmal so ergehen wird. Heute sind wir noch vom Schmerz geschüttelt, und gequält blicken uns unsere deutschen Brüder, die in Polen leben, an. Aber wir vertrauen auf die Gerechtigkeit und auf den Sieg des Rechts, über kurz oder lang. Wir werden nicht untergehen können, so lange wir den Glanz an uns selbst nicht verlieren.

## Der Fall Engel vor dem Sejm.

### Rücktritt des Justizministers?

Der Fall Engel (wir brachten gestern die Stimme des Warschauer „Robotnik“ hierzu) ist in der Sejmkommission für Rechtsfragen zur Sprache gekommen. Es wird darüber folgendes bekannt:

Nachdem vor Eintreten in die Tagesordnung der Abg. Puza (V. P. S.) den Stellvertreter des Justizministers, Herrn Kuźniakowski, über den Austausch von in Polen verurteilten Kommunisten gegen in Russland verurteilte Polen interpelliert hatte, führte der ukrainische Abgeordnete Bodhorski aus, daß die Ukrainer in Wolhynien weiterhin verfolgt würden. Es habe sich herausgestellt, daß auf Grund falscher Denunziationen dort 200 Personen wegen angeblich beabsichtigter Anstiftung eines Aufstandes verhaftet worden sind. Es ruft dies unter der Bevölkerung Erbitterung hervor, was keinesfalls im Interesse einer Verhüllung der Angeklagten liege.

Hierauf brachte Abg. Liebermann (P. P. S.) den Fall der Vollstreckung des Todesurteils gegen Schlama Engel in Loda zur Sprache. Er forderte, daß der Justizminister vor der Kommission erscheinen und Auflklärungen geben sollte, weshalb er dem Herrn Staatspräsidenten nicht die Begnadigung Engels vorgeschlagen habe. Es wäre dies seine Pflicht gewesen, wenn er sich von den Gründen einer verhältnismäßigen Politik hätte leiten lassen. Alles spricht in diesem Falle für eine Begnadigung: das jugendliche Alter, das durch ideelle Motive bewirkte starke Affekt, sehr große Bedenken rechtlicher Natur, wie sie in der Urteilsbegründung enthalten waren, und schließlich das elementarste Gebot der Humanität, das für eine Vermeidung des Blutvergiebens spricht. Die Ablehnung der Begnadigung ruft eine Bewegung in innern eines jeden Menschen hervor, der die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in unserem Lande herbeisehnt. Der Herr Präsident habe in letzter Zeit einen ganzen Reihe von gemeinen Banditen, die durch Standgerichte verurteilt worden waren, die Todesstrafe erlassen. Weshalb hat der Justizminister den Staatspräsidenten hierauf nicht aufmerksam gemacht, und weshalb hat er nicht darauf hingewiesen, daß für den ungünstlichen exaltierten Jungen des Weg der Begnadigung gleichfalls offen sein müßte? . . .

Nach der Rede des Abg. Liebermann beschloß die Kommission, den Justizminister Węganczowski aufzufordern, in der nächsten Kommissionssitzung eine Erklärung hierüber abzugeben.

Mittwoch hatte der Abg. Chugutt mit dem Ministerpräsidenten eine längere Unterredung über die Angelegenheit der Hinrichtung des Schlama Engel in Loda. Nach dieser Unterredung verbeiteten sich in den Wandergängen des Sejm Grüße, daß der Justizminister Węganczowski die Absicht habe, um seiner Rücktritt einzukommen.“ \*

Einer Warschauer Meldung zufolge beabsichtigte die Sejmfraktion der P. P. S. zusammen mit der Węganczowski-Gruppe in der vorgezogenen Sejmssitzung einen Dringlichkeitsantrag wegen der Vollstreckung des Todesurteils gegen Engel einzubringen. Wegen ungenügender Begründung nahmen sie jedoch davon Abstand und werden den Antrag nach nochmaliger entsprechender Bearbeitung dem Sejm am Freitag unterbreiten.“

## Die Minderheiten-Kommission in Warschau

Auf Grund von Informationen der Warschauer Presse stellt sich das Resultat der Beratungen der Sachverständigenkommission über die Fragen der Grenzmark folgendermaßen dar: Beziiglich des Konfessionsproblems hat die Regierung die Absicht, die Fragen der rechtgläubigen Kirche zu regeln. Gegenwärtig ist bereits mit der Schode der rechtgläubigen Bischöfe die Umgestaltung der Parafialverfassung in der Weise vereinbart worden, daß ein Kirchenstrengel auf 3000—10 000 Einwohner kommt, und daß die Besölfung Kirchen besuchen kann, die nicht weiter als 7 bis 10 Kilometer entfernt liegen. Man verständigte sich bezüglich des Planes der Umgestaltung der rechtgläubigen Seminare in Wilna und Krzemieniec. Die Seminare sollen 8 Gymnasial- und 2 Theologiestufen haben. In Warschau soll bei der Universität eine rechtgläubig-theologische Fakultät gebildet werden.

Hinsichtlich der Schulfragen ist die Organisierung von Volksschulen nach Kreisen vorgesehen, das heißt die i. c. polnisch-sprachige Bevölkerung in einem bestimmten Kreise wird das Recht haben, eine Schule für sich zu verlangen. Die Festlegung des betreffenden Prozentsatzes wird vom Sejmbeßluß abhängen. Es würden fremdsprachige Staatschulen zu 7 Klassen mit obligatorischem Unterricht der polnischen Sprache gegründet werden. Die Regierung hat einen bereits ausgearbeiteten Subsidienplan für die privaten Minderheitsschulen.

Was die Verwaltungsänderungen betrifft, so kündigt die Regierung die Verstärkung der Polizeireserve, sowie die Verbesserung und Erweiterung des Verbindungsnetzes zwischen den einzelnen Behörden an. Wie verlautet, hat die Regierung ferner die Absicht, durch Rundschreiben den Ortsbehörden aufzutragen, daß im Verhältnis zur Ortsbevölkerung die Sprachen der nationalen Minderheiten zugelassen werden.

Nach Beendigung der grundlegenden Arbeiten wird die Regierung dem Sejm eine ganze Reihe von Anträgen vorlegen, und unabhängig von der Sejminitiative entsprechende Anweisungen geben in der Richtung liberaler Behandlung der Devisenrate der nationalen Minderheiten und der ermöglichen der Pflege der Sprache und Kultur.

## Jeder Kopf ein anderer Verstand.

### Ein krasser Unterschied.

In der "Gazeta Warszawska" schreibt Alexander Swietochowski über die Begnadigung von Wiegorkiewicz und Baginski durch den Staatspräsidenten folgendes: „Weder in meinem Gewissen noch in den Aten finde ich Grund zur Anerkennung des Urteils. — Das schrieb der gegenwärtige Staatspräsident auf das ihm vorgelegte Gerichtsurteil in der Strafsache Niemadomski, und infolgedessen wurde ein ehemaliger Mörder, ein Patriot, der von dem Gedanken beherrscht war, das Vaterland durch die Tötung zu retten, ein Träumer und Enthusiast, ein Fanatiker von außergewöhnlicher Kraft und Reinheit des Charakters, erschossen. Der selbe Präsident stand weder in seinem Gewissen noch in den Aten Grund zur Bestätigung des Todesurteils, das von zwei Gerichtskammern gegen Baginski und Wiegorkiewicz gefällt war. Infolgedessen wurden unter Umwandlung der Strafe in Gefängnis zwei politische Helden begnadigt, die spionierten und Bomben legten zum Zwecke der Schädigung des Staates und der Erlangung persönlicher Vorteile. Für jeden Menschen, der die Tatsachen losgelöst beurteilt, und der sie so nimmt, wie sie an der Oberfläche des Lebens liegen, stellen diese beiden Entscheidungen einen sozialen Unterschied der moralischen Maßstäbe dar, daß er ihn sich nicht anders als durch Parteilichkeit ihrer Anwendung erklären kann. Diese Annahme drängt sich um so lebhafter auf, als die Rechtsordnung bei uns erst „Bunkismus“ ist und der Glaube an eine Vogel, an eine Ethik und sogar an eine Sprache, die für alle dieselben Begriffe ausdrückt, ein philosophisches Vorurteil ist. Jeder Kopf — ein anderer Verstand, jeder Charakter — eine andere Moralität, jedes Herz — ein anderes Empfinden.“

## Republik Polen.

### Die Reden des Staatspräsidenten.

In der Donnerstagsitzung des Altestenausschusses, in der Ministerpräsident Grabbski zugegen war, wurden einige Angelegenheiten wirtschaftlicher Natur erledigt, worauf eine Erklärung des Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen wurde, die im Zusammenhang stand mit der Anfrage des Abg. Thugutt, ob in Zukunft die Reden des Staatspräsidenten im Einvernehmen mit der Regierung festgelegt würden.

Ministerpräsident Grabbski teilte in der letzten Sitzung des Altestenausschusses den Beschluss mit, daß der Staatspräsident sich in Zukunft in seinen offiziellen Reden eines Leitens bedienen werde, für den die Regierung die volle Verantwortung vor dem Sejm tragen wird.

### Kein Regierungswechsel.

Die "Gazeta Warszawska" wendet sich in dem Artikel "Stimmungen in der Politik" gegen die Gerüchte über Regierungswechsel. Gegenwärtig habe neber die Rechte, noch die Linke Tendenz zum Regierungswechsel. Die politischen Parteien könnten nicht von den Nerven, sondern müssten sich vom Verstand der Leute lassen. Auch müssten sie, daß fortwährende Wechsel schädlich sind. Insbesondere sei in der Finanzplanungsperiode die Notwendigkeit der Kontinuität und Konsequenz der Arbeit zu betonen.

### Vor dem Botschafterrat.

Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich in ihrer Donnerstagsitzung mit den letzten Vorfällen an der polnisch-litauischen Grenze, sah aber keinen endgültigen Beschluss. Die Entscheidung soll im Laufe einiger Tage fallen.

### Das Agrarreform-Budget.

Der Senatsausschuss für Finanz-Haushaltssachen beendigte in der gestrigen Nachmittagsitzung die Aussprache über das Budget des Agrarreformministeriums, worauf das ganze Budget mit einer ganzen Reihe von Entschließungen angenommen wurde.

### Der Landwirtschaftsvertrag.

Die im Arbeits- und Wohlfahrtsministerium geöffneten Verhandlungen über den Abschluß eines Landwirtschaftsvertrages für das Dienstjahr 1924/25 wurden am Donnerstag mit der Unterzeichnung des Vertrages durch die beteiligten Vertreter beendet. Der Vertrag gilt im Gebiet der Wojewodschaften Warschau, Podz, Pielce, Lublin und Bielsko.

### Vom Verkehrsausschuß.

In der Donnerstagsitzung des Verkehrsausschusses trug der Industrie- und Handelsminister Kiedroń die Angelegenheit des Vertrages mit der Firma Gedrege vor und stellte fest, daß dieser Vertrag vom Standpunkt der Staatsinteressen nicht als günstig angesehen werden könnte. Auf Betreiben des Ausschusses befürte sich der Minister mit dieser Angelegenheit und kann nun erklären, daß die Frage des Altlaufkapitals insofern günstig erledigt worden sei, als die polnischen Kapitalien gegenwärtig in der Mehrheit sind.

### Eine Messe in Warschau?

Der Vorstand des Warschauer Zentralverbandes der Kaufmannschaft hat eine Anfrage über die Einrichtung jährlicher Messen oder Jahrmärkte in Warschau nach dem Muster der in Breslau und Posen abgehaltenen Messen veranlaßt.

## Eine neue Universität.

Die Sozialisten haben im Sejm einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, der einen Gesetzentwurf über die Bildung einer ruthenischen Universität in Lemberg enthält. Die Universität soll den anderen Universitäten des Staates gleichgestellt und auf den Grundsätzen des Gesetzes über akademische Schulen vom 18. Juli 1920 organisiert werden. Zunächst wird eine philosophische Fakultät und eine Fakultät für Recht und soziale Wissenschaften vorgesehen. Eine medizinische Fakultät soll später eröffnet werden.

### Der Direktor der Bank Gospodarstwa.

Der frühere Finanzminister Stecakowksi übernimmt den Posten des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der "Bank Gospodarstwa Krajowego" und ist deshalb aus dem Aufsichtsrat der "Bank Polski" ausgetreten. In der Generalversammlung der Aktionäre der "Bank Polski", die am 16. Juni stattfindet, wird also die Wahl von zwei neuen Mitgliedern vollzogen werden. Bekanntlich war vom Ministerpräsidenten die Wahl des Herrn Budajowski für ungültig erklärt worden.

### Der neue Wojewode im Pommern.

Der Ministerrat hat dem Staatspräsidenten einen Antrag über die Ernennung des Abg. Bachowicki zum Wojewoden von Pommern vorgelegt. Dr. Bachowicki soll am 1. Juni sein Amt antreten.

### Schuhe für Polen.

Die "Agencia Wschodnia" erfährt, daß in kompetenten Kreisen die Herauszugung bzw. Aufhebung der Zölle für bestimmte Artikel ersten Bedarfs erwogen wird. Was Schuhwerk und Kleidung betrifft, so muß betont werden, daß diese Artikel auch bei dem gegenwärtigen Zoll die Konkurrenz mit den Landeserzeugnissen aufzuhalten. In den nächsten Tagen sollen in Polen große Transporte von Wiener Schuhwerk eintreffen, dessen Preis beträchtlich niedriger sei als die Inlandspreise.

### Kleine Meldungen.

Der Vizedirektor des Verwaltungsdepartements im Außenministerium, St. Bielawski, hat einen zweimonatigen Urlaub erhalten und wird auf seinen bisherigen Posten nicht mehr zurückkehren. Er übernimmt auch nicht den Posten des Generalkonsuls in Berlin, wobon die Presse schreibt.

Der polnische Gesandte in Washington, Wróblewski, ist in Warschau eingetroffen. Es gehen Gerüchte, daß er aus dem Staatsdienst ausgeschieden sei.

In der Freitagsitzung der Auslandskommission wird der Außenminister Bamohski ein Exposé halten über die Außenpolitik.

## Verhandlungen zwischen England und Russland.

### Die Taktik der Verzögerung.

Am Dienstag fand die zweite Vollversammlung der englisch-russischen Konferenz statt. Die Sowjetdelegation erklärte, daß die von der englischen Delegation empfangenen Einzelheiten die Vorbereitung des Materials zur Klärung der Frage der Vortriegsschulden und der Ansprüche der betroffenen Privatpersonen ermöglicht hätten. Die russische Delegation legte ihren Standpunkt zu diesen Fragen fest und überreichte den englischen Vertretern eine besondere Denkschrift, die von der Wiedereröffnung des russischen Kredits auf dem englischen Markt handelt, welche Frage die englische Delegation in der nächsten Sitzung zu erörtern ver sprach.

Die Sowjetdelegation teilte die Bereitschaft der russischen Regierung mit, eine bestimmte Summe zur Deckung der Vortriegsverpflichtungen gegenüber englischen Bürgern zu assignieren, unter der Bedingung, daß die Sowjetregierung eine langfristige Anleihe erlangt. Im Zusammenhang mit diesen Verpflichtungen würden nur die Ansprüche derjenigen Personen geprüft, die russische Obligationen vor dem 12. März 1917 erworben. Dagegen sollen die Ansprüche der Personen, die tätigen Anteil nahmen an der Aktion gegen die Sowjetregierung, nicht anerkannt werden. Die Denkschrift der russischen Delegation gibt bekannt, daß das Befrieden der Sowjetregierung in erster Linie die Befriedigung der kleinen Ansprüche sein werde. Was die Anleihe betrifft, so würde sie zum überwiegenden Teile zum Einfuhr von Maschinen und anderen Materialien dienen, die zur Stärkung der russischen Industrie und Landwirtschaft nötig sind, wobei alle diese Erläuterungen in England getätigkt würden.

Von englischer Seite wurde darauf geantwortet, daß vorerst eine genaue Prüfung dieser Vorschläge notwendig sei. Doch wurde von der englischen Delegation bekannt, daß die Hilfe der englischen Regierung bei der Erlangung der Anleihe nur begrenzt sein könnte. Von der Übernahme irgendwelcher Garantien seitens der englischen Regierung könnte keine Rede sein. Auf die Frage, ob die Anerkennung der Vortriegsschulden die Prozesse der Pflichtsummen mit zufriedender Kraft umfassen sollte, antwortete die russische Delegation, daß die Sowjetregierung zu einer Abgabung der Vortriegsschulden in ihrem ganzen Wertvolumen nicht vorbereitet sei.

Die rücksichtigen Prozesse seien zu streichen, da die russischen Rebellen infolge des Krieges und der späteren Kämpfe eine Revolution erfahren hätten. Die Delegation erinnerte daran, daß auf den früheren Konferenzen die Gläubiger Russlands sich gezeigt hätten, der Sowjetregierung ein Moratorium zu gewähren. Die Sowjetdelegation schlug als eine der Garantien bei der Aufnahme der Anleihe die Garantie der russischen Staatsbank vor. Die englischen Delegierten betonten, daß die interessierten Seiten der Notwendigkeit solider Garantien eine große Bedeutung beimesse würden. Trotzdem habe die englische Delegation die Hoffnung, daß die Sowjetregierung in ihrem Anliehenverhandlungen auf keine Schwierigkeiten stoßen werden. Nach Ansicht der englischen Delegierten genügt zur Erlangung der Anleihe, daß die gegenwärtige Konferenz in den bisher nicht vereinbarten politischen Fragen eine Verständigung herstellt, was daß englische Vertrauen zu Russland neuert würde. Die englische Regierung ist bereit, wie immer in den Grenzen der Möglichkeit eine geneigte Haltung gegenüber den russischen Bemühungen, um eine private Anleihe anzunehmen. Die Sowjetdelegation teilte mit, daß sie die Frage der Aufnahme einer privaten Anleihe dann aufwerfen werde, wenn es zwischen den Delegationen im Sinne der gemachten Vorschläge nicht zu einer Verständigung kommt. Zur Frage der Entschädigungsansprüche erklärten die Sowjetdelegierten ihre Zustimmung zu der in der letzten Sitzung von der englischen Delegation vorgeschlagenen Art der Lösung dieser gegenwärtigen Ansprüche, äußerten jedoch die Ansicht, daß die Zufluchtnahme zu einem Schiedsgericht in diesen Fragen nur dann eintreten solle, wenn eine direkte Verständigung nicht ausstehen kommen sollte.

Die "Morning Post" schreibt: Der bisherige Verlauf der englisch-russischen Konferenz entspricht allen Erwartungen der Befürworter. Die Bolschewiten verlangen eine Anleihe, und der Zeit gewinnen. Wenn sie keinen konkreten Vorschlag erlangen, werden sie sich bemühen, die Konferenz abzubrechen, darauf rechnend, daß dann in der Arbeiterschaft eine Spaltung eintrete. Wenn sie Hoffnung haben werden auf die Erlangung einer Anleihe, dann werden sie die Verhandlungen solange hinstellen, bis der Verlauf des Kongresses der dritten Internationale und das Ergebnis der englisch-französischen Verhandlungen bekannt sein werden.

## Zur deutschen Kabinettbildung.

Am 21. Mai versammelten sich auf eine Einladung der Deutsch-nationalen hin die Vertreter der bürgerlichen Parteien zur Beratung über die Kabinettfrage. Vertreten waren die Deutsch-nationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten und die Bayerische Volkspartei.

Die Verhandlungen streng vertraulich gepflogen worden sind, konnte man über die Ergebnisse Genaueres nicht erfahren. Wie wir aber bereits gestern meldeten, scheiterten die Verhandlungen bislang anscheinend an einigen grundsätzlichen Forderungen der Deutsch-nationalen.

## Die Berliner Parteiverhandlungen.

Über den Verlauf der Verhandlungen sind inzwischen genauere Nachrichten eingetroffen. Beider liegt es jetzt bereits klar auf der Hand, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien gescheitert sind.

Es war von vornherein klar, daß die Gegenseite innerhalb der bürgerlichen Parteien — man denkt nur an Hergt und Wirth — auf große Schwierigkeiten stoßen müssten. Die deutsch-nationale Partei hatte die Personenfrage bei den Verhandlungen in den Vordergrund gerückt und bereits den Großadmiral von Tirpitz als Reichsflanzlerkandidaten in Vorschlag gebracht. Sie vertraten den grundlegenden Standpunkt, daß die Festlegung des künftigen Regierungsprogramms gegenüber der Personfrage eine unergerordnete Bedeutung bejege. Dagegen beharrten das linke Zentrum und der linke Flügel der Demokratie bei ihrem Plan, zunächst einmal ein umfassendes außenpolitisches Programm innerhalb der Mittelparteien zu entwerfen und es den Deutsch-nationalen in ultimatischer Form zur Stellungnahme vorzulegen. Man erinnert auch an den Plan einer Koalition mit den Sozialdemokraten im Falle einer Ablehnung von deutsch-nationaler Seite. Vor allen Dingen betonten Zentrum und Demokratie, daß der kommende Mann die Mehrheit des Reichstages hinter sich haben müsse, was bei der Ernennung des Admirals von Tirpitz nicht vorausgesetzt sei. Wie die Dinge nach dem Scheitern der ersten Fühlungnahme zwischen den bürgerlichen Parteien sich weiter entwickeln werden, kann man mit Spannung erwarten. Die öffentliche Meinung spricht dafür, daß das deutsche Volk die Mitarbeit der Deutsch-nationalen im künftigen Reichstag auf jeden Fall nicht entbehren kann.

Eine vollkommene Einigkeit erzielten die verhandelnden Parteien dagegen in der Frage des Sachverständigengutachtens, in der die sogenannten "Schwerpunkte", also vor allem Räumung des Ruhrgebietes und Freilassung aller politischen Gefangenen als Norm für die deutsche Stellungnahme gelten sollen.

## In kurzen Worten.

**Japanisch-amerikanische Beziehungen.** Der amerikanische Botschafter in Tokio, Wood und der japanische Gesandte in Washington sind von ihrem Posten zurückgetreten.

**Internationales Schiedsgericht.** Washingtons Meldungen aufs folge will Präsident Coolidge Lodges Vorschlag eines neuen Weltgerichtes nähertreten. In der letzten Senatorenkonferenz soll die Angelegenheit sogar schon erörtert worden sein.

**Erdbeben in der Provinz Toskana.** Aus Mailand wird gedroht, daß in der Umgebung des Dorfes Castelnuovo Sarsogiana ein Erdbeben stattgefunden hat. Schaden wurde nicht angerichtet.

**aus Frankreich.** Der neue Frankfurter gibt einem Teil der französischen Presse Anlaß, heftige Angriffe auf die alte Regierung zu richten. Interessant ist, daß in Folge des sozialistischen Wahlsieges in Frankreich das bolschewistische, bisher in Berlin erschienene Blatt "Ratajanie" zum 1. Juli nach Paris übergesiedelt will.

## Letzte Meldungen.

### Deutsche Kriegsentschädigung an England.

Im Finanzjahr 1923/24 erreichten die von Deutschland an England geleisteten Beträge 11 111 000 Pfund, wovon vertragsgemäß 1 200 000 Pfund auf die Besatzungskosten entfallen.

### Unruhen im Ruhrgebiet.

Der seit einigen Tagen eingetretene starke Kohlemangel und die nicht zur Zufriedenheit beider Teile erledigte Arbeitszeitfrage hat die Katastrophe herbeigeführt, die man bereits seit einigen Tagen befürchtete. Die Streikbewegung greift in immer bedrohlicherem Maße um sich. Kurzzeitig haben die Krupp'schen Fabriken ihre Werke allerdings noch nicht stillgelegt, wie fälschlich in verschiedenen Blättern berichtet worden ist. Doch kann man mit Bestimmtheit voraussagen, daß wie die Thyssen-Werke so auch die Krupp'schen Fabriken infolge Kohlemangels den Betrieb einstellen werden müssen.

Leider hat die kommunistische Agitation unter den streikenden Arbeitern bereits blutige Zusammenstöße verursacht. So mußte auf der Zeche Brassert bei Marl gegen die Streikenden mit blauer Waffe vorgegangen werden. Es erfolgte ein Gefecht zwischen Polizeiaufgebot und Streikenden, dem erst durch das Einschreiten der belgischen Besatzungstruppen ein Ende bereitet wurde. Die genaue Anzahl der bei der Schießerei verletzten Demonstranten ist noch nicht bekannt. Ahnliche Kämpfe ereigneten sich in Wattenscheid.

### Türkisch-russische Beziehungen.

Englischen Blättern zufolge haben sich die Beziehungen zwischen der Türkei und Russland wieder einmal derartig augenfällig, daß die türkische Presse von einer Einberufung der Nationalversammlung spricht. Die Ursache liegt in der Ausweisung von Türken aus dem Kaukasus. Im Zusammenhang mit diesen Tatsachen steht der zu erwartende türkisch-bulgarische Annäherungsvertrag und der Besuch einer türkischen Militärmision in Warschau.

## KINO APOLLO

Von Sonnabend, den 24. Mai

4 ½, 6 ½, 8 ½.

Preise der Plätze: von 1200 000 bis 4 Millionen  
Unglaubliche Geschichten aus den Erzählungen  
des genialen englischen Autors

Conon Doyle unter dem Titel

## &lt;h2 style="text-align: center

Aus Anlaß des Verlustes meines einzigen Sohnes wurde mir von nah und fern von allen Seiten soviel Teilnahme bezeigt, daß ich nur auf diesem Wege meinen innigsten Dank abzustatten vermag.

Komorniki, 23. Mai 1924.

Eckhoff.



Anerkannte reinblütige

Rambouillet-Stammherde

Narkowy

pow. Tczew (Pomorze—Pommern)

Gegründet 1864.

Grand prix 1900. Goldene Medaille Charkow 1903.  
Leitung: Schafzuchtabteilung der Pomorska Izba Rolnicza, Toruń.

Der Verkauf v. Zuchtböcken  
findet im Wege des Meistgebots am  
**Freitag, dem 30. Mai 1924**  
nachm. 2 Uhr statt.

Bei Anmeldung stehen Wagen zur Abholung auf den Bahnhöfen in Tczew und Narkowy (Bahnstrecke Bydgoszcz—Tczew) bereit.  
Telephon: Tczew 68.

Preuss.

Wir sind laufend Räuber für  
**Braunerste**  
in guten Qualitäten und bitten um stark  
bemühte Osserten.  
Carl Kretschmer & Co., Leszno.

Arbeitsgeschirre  
aus bestem Blankleder, la Handarbeit  
empfiehlt preiswert  
**Waldemar Müller, Sattlermeister,**  
Turolo bei Bus.  
Geschirr- u. Krebsriemen-Reparaturen auf Gütern  
werden prompt und sauber ausgeführt.

Sofort ansprechbar:  
**Für Maschinenbau Fachleute**  
zum Selbst-Unterricht:  
Harnack — Dr. Kiewiet, Algebra, geb.  
Lösungen, geb.  
Harnack, Darstellende Geometrie, geb.  
Harnack — Baden, Festigkeitslehre, geb.  
Die Buchführung, geb.  
Harnack — Dr. Kiewiet, Planimetrie, geb.  
Rechtskunde, geb.  
Steinbach, Physik, geb.  
Wolf, Die Dampfkessel, geb.  
Harnack, Arithmetik u. Bürgerl. Rechnen, geb.  
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.  
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

**Oele u. Fette**  
in erstklassiger Qualität liefern  
**Sander & Blathuhn**  
Poznań ul. Lewińska Mielżyński 23. Telef. 4019

Auszeichnen!

Auszeichnen!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichnete bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)  
für den Monat Juni 1924

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Straße .....



# Bock-Auktion

der Stammschäferei Dobrzyniewo

Post Wyrzysk, Station Osiek

anerkannt von der W. I. R. Poznań findet statt:

**Fleisch-Woll-Sonnabend, den 31. Mai 1924 nachm. 2 Uhr  
in Dobrzyniewo.**

**Merino.**

Zum Verkauf kommen ca. 40 Böcke

**E. KUJAT&, Dobbertin**  
in Dobrzyniewo, Post Wyrzysk, Station Osiek.

Züchter:

**v. Alkiewicz, Poznań**  
Patr. Jackowskiego 31.



Lieferwagen — Karosserien

Umbau alter Personen-Autos  
zu Lieferwagen.

Zoppot

Danziger Karosseriefabrik  
A.-G.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 23. 5., 7½ Uhr: „La Cuvée“, Oper von Delibes.  
Sonnabend, den 24. 5., 7½ Uhr: „Tannhäuser“, Romantische Oper von Wagner. Gastspiel M. Sowilski.  
Sonntag, den 25. 5., 7½ Uhr: „Die Hugenotten“, Große Oper von Meyerbeer.

(Nach Beginn der Vorstellungen wird in den Zuschauerraum niemand mehr hineingelassen.)

**Bitte aufzubewahren!**

Meine Telephonnummer ist nicht mehr 505,  
sondern **6073**  
**Gusovius-Poznań W. 3, ulica Gajowa 4 II.**  
(seit 1908 ger. vereid. landw. Sachverständiger).

Pommersche Tagespost

Führende deutsch-nationale Zeitung Pommerns

Erscheint täglich  
Ein besonderer Vorzug  
der „Pommerschen Tagespost“  
ist ihre über die ganze Provinz  
Pommern bis in die anliegenden Grenz-  
bezirke ausgedehnte Verbreitung in vorwiegend  
besiedelten städtischen und ländlichen Kreisen  
höchste Postauflage aller pomm. Tageszeitungen  
Ankannung gute Leistung / Ausführlichster Handels-  
teil / Reichhaltige Provinz Nachrichten  
Erfassende Romane / Sehr beliebtes  
Familienblatt mit ausges-  
wähltem Unterhaltungs-  
stoff / Frauen- und  
Heimatbeilage

Das maßgebende Insertionsorgan

Verlag: Stettin, Elisabethstraße 13, fernres 2143/2144

Wieder eingetroffen!

**Neu!** Wichtig für jedermann!  
Soeben erschienen und sofort lieferbar!

**Das polnische  
Einkommensteuergesetz  
nebst Erläuterungen.**

Oktav 162 Seiten, broschiert **6 Złoty**.  
Nach auswärts unter Streifband und Nachnahme  
mit Hinzurechnung der Spesen.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,  
Abtlg. Versandbuchhandlung,  
Poznań, Zwierzyniecka 6.

**Mayers groß. Konversations-Lexikon**  
Brüderausgabe, 20 Bände, vollständig neu, zu verkaufen.  
Öfferten unter §. 7367 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Schuhwaren** En gros. En détail.

kauft man gut u. billig  
bei der Firma

**Telesfor Szubarga**  
Poznań, Stary Rynek 35.  
(Eingang ul. Wiankowa).

Einspanner-Britische  
(Sattelschneider, sehr neu, so wie ein paar Arbeits- und Ausfahr-Geschirre u. 1 prächt. Dobermann zu verkaufen. Zu erfragen im Restaurant Pie-  
tar 19. (7397)

**Sticereien**  
wieder eingetroffen. Stich-  
niński, Król & Doleżal  
Poznań, 3. Maja 4.

## Schrotmühlensteine

hart und scharfkörnig in allen Größen und Preislagen sowie

## Grabdenkmäler

in jeder Ausführung und in allen Gesteinsarten empfehlen

**J. Włodarczak & Co., Krotoszyn,  
ul. Słodowa 10–12 (Malzgasse).**

## Majoratsforst Obrzycko

verkauf am Sonnabend, dem 31. Mai von vor-

mittags 10 Uhr ab in Obrzycko, aus Revier Pod-

leśne. Zahltag Tagen 42, durch öffentliches Meis-

tebogen gegen Barzahlung:

300 Am. Kiefern-Klöben (gespalten),

400 Am. Kiefern-Stubben (gespalten), i. Losen v. 6—15 Am.

Verkauf nur zur Deckung des Ortsbedarfs.

Nadleśnictwo Zielonagóra bei Obrzycko, 20. 5. 24

Dreger.

Gebe mehrere gute Herdbuchbulle

darunter meinen erstklassigen jungen Stammbullen und

1 importierten Ossieren preiswert ab. (7363)

**Gutsbesitzer Schendel, Radom,**

Von und Bahn Polajewo.

wünscht Dame ab 1. Juni d. Jg. auf 14 Tage. Angebote

erbitte unter 7374 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

## Landaufenthalt

Damen - Golfs

v. 12 Millionen M. aufwärts.  
Sluchniński, Król i Słoneczek,  
Poznań, 3. Maja 4.

## Das Aufwertungsgesetz.

Der Ministerrat hat die Vorlage der Verordnung des Staatspräsidenten über die Umrechnung der privatrechtlichen Verbindlichkeiten am 9. d. Ms. angenommen. Diese Verordnung ist nun im "Monitor Poloni" veröffentlicht worden. Die Grundsätze der Verordnung sind folgende:

Die Verordnung stellt vor allem in einer besonderen Skala den Wert umgerechnet in Gold fest, den die Valuten der drei Staaten Russland, Deutschland und Österreich, vor dem Kriege und in den einzelnen Quartalen des Jahres 1914 bis 1918 und eventuell in den weiteren Jahren gehabt haben, und welchen Wert die Polenmark in den einzelnen Monaten des Jahres 1914 bis 1924 gehabt hat. Die Skala lautet:

	Russ.	Öster.	Deutsch.	Poln.
	Rubel	Sz.	M.	M.
bis I/VIII 1914 . . . . .	0,875	0,85	0,81	
vom I/VIII 1914 . . . . .				
II 1914 . . . . .	0,40	1,00	0,85	
I 1915 . . . . .	0,44	1,15	0,90	
II 1915 . . . . .	0,50	1,25	0,92	
I 1916 . . . . .	0,50	1,40	1,05	
II 1916 . . . . .	0,50	1,60	1,09	1,09
im Quartal				
I 1917 . . . . .	0,50	1,90	1,15	1,15
II 1917 . . . . .	0,50	1,90	1,15	1,15
III 1917 . . . . .	0,55	2,00	1,20	1,20
IV 1917 . . . . .	0,60	2,00	1,20	1,20
I 1918 . . . . .	0,60	2,00	1,20	1,20
II 1918 . . . . .	0,70	2,00	1,20	1,20
III 1918 . . . . .	0,85	2,30	1,30	1,30
IV 1918 . . . . .	0,90	2,60	1,50	1,50
im Monat				
I 1919 . . . . .	1,10	2,90	1,8	1,50
II 1919 . . . . .	1,35	3,20	2,0	1,75
III 1919 . . . . .	1,50	4,00	2,0	2,00
IV 1919 . . . . .	2,00	4,75	2,0	2,25
V 1919 . . . . .	2,25	5,50	2,1	2,50
VI 1919 . . . . .	2,50	5,75	2,1	2,75
VII 1919 . . . . .	3,75	6,20	2,4	3,25
VIII 1919 . . . . .	4,25	8,00	2,8	4,25
IX 1919 . . . . .	5,75	11,00	3,8	6,00
X 1919 . . . . .	6,55	14,00	4,2	7,50
XI 1919 . . . . .	8,50	17,00	5,5	10,00
XII 1919 . . . . .	10,50	22,00	7,0	14,00
im Monat				
I 1920 . . . . .	12,00	28,00	9,0	19
II 1920 . . . . .	13,00	35,00	11,0	23
III 1920 . . . . .	13,00	35,00	12,0	23
IV 1920 . . . . .	13,00	35,00	12,0	23
V 1920 . . . . .	14,00		11,0	30
VI 1920 . . . . .	13,00		11,0	31
VII 1920 . . . . .	18,00		11,0	34
VIII 1920 . . . . .	13,00		11,0	40
IX 1920 . . . . .	14,00		11,0	45
X 1920 . . . . .	17,00		11,0	60
XI 1920 . . . . .	19,00		11,0	80
XII 1920 . . . . .	23,00		11,0	100
im Monat				
I 1921 . . . . .	25,00		11	120
II 1921 . . . . .	30,00		11	130
III 1921 . . . . .	35,00		11	145
IV 1921 . . . . .	40,00		11	140
V 1921 . . . . .	55,00		11	150
VI 1921 . . . . .	80,00		11	200
VII 1921 . . . . .	120,00		11	300
VIII 1921 . . . . .	200,00		11	400
IX 1921 . . . . .			14	425
X 1921 . . . . .			18	450
XI 1921 . . . . .			23	450
XII 1921 . . . . .			25	450
im Monat				
I 1922 . . . . .	28		450	
II 1922 . . . . .	31		500	
III 1922 . . . . .	40		550	
IV 1922 . . . . .	46		600	
V 1922 . . . . .	48		650	
VI 1922 . . . . .	50		750	
VII 1922 . . . . .	70		850	
VIII 1922 . . . . .	120		1000	
IX 1922 . . . . .	180		1800	
X 1922 . . . . .	320		1400	
XI 1922 . . . . .	750		1800	
XII 1922 . . . . .	950		2500	
im Monat				
I 1923 . . . . .	1600		4000	
II 1923 . . . . .	3000		6800	
III 1923 . . . . .	3500		8200	
IV 1923 . . . . .	4000		8600	
V 1923 . . . . .	5500		9400	
VI 1923 . . . . .	12000		12000	
VII 1923 . . . . .	45000		20000	
VIII 1923 . . . . .	660000		35000	
IX 1923 . . . . .	15000000		50000	
X 1923 . . . . .	400000000		125000	
XI 1923 . . . . .			300000	
XII 1923 . . . . .			800000	
im Monat				
I 1924 . . . . .			1600000	
II 1924 . . . . .			1800000	
III 1924 . . . . .			1800000	
IV 1924 . . . . .			1800000	

Amerik. Copyright by Carl Duncker, Berlin W. 62.

## Das goldene Netz.

Roman von Otto Rothar Niemisch.

(Nachdruck untersagt.)

Ein freundlicher, ein herzlicher Empfang, bachte Redlich wieder. Er tappte auf das Gebäude zu. Es lag ganz im Dunkeln. Als er vor der schweren Eichen Tür stand, öffnete sich links daneben ein Fenster. Eine rauhe Weibsstimme schrie heraus: "Wer ist da?"

"Ich will zu Frau Kospotta," schrie er zurück. "Sind Sie der Herr aus der Stadt, der sich angemeldet hat?"

"Wahrscheinlich bin ich das." Er wurde wütend. "Machen Sie in drei Deubels Namen Licht. Was ist denn das für eine Wirtschaft hier? Empfängt Ihr Eure Gäste immer so?"

Die Stimme grunzte etwas, das Fenster wurde zugeschlagen. Dann wurde es hinter dem Portal hell, und knarrend schlug der Türflügel zurück.

Ein altes, bides, schlampiges Frauenzimmer ließ ihn ein. Sie trocknete sich die Arme an der Schürze ab und starnte ihm misstrauisch ins Gesicht.

"Die Frau wartet," knurrte sie. Prächtige Gewebe bedekten die gefalteten Wände. Ein riesiger Eichentisch stand in der Mitte auf einer dicken Matte.

Die durch die deutschen Behörden emittierten Mark (Ostmark) werden als der deutsche Mark gleichwertig angesehen und die durch diese Behörden herausgegebenen Rubel (Ostrubel) werden anteilweise ebenfalls.

Weiter stellt die Verordnung fest, in welchem Maße die einzelnen Arten von privatrechtlichen Verbindlichkeiten, die vor dem 28. April 1924 entstanden sind, umzurechnen sind. Von den weitesten Vorschriften (das Gesetz hat 53 Artikel) sind die wichtigsten folgende:

Hypothekendarlehen, die auf Häusern lasten, bezüglich welcher das Mieterabschlags Anwendung gefunden hatte (städtische Realitäten), werden im ehemaligen Kongresspolen mit 25 Prozent, in Westkleinpolen und in den östlichen Provinzen mit 20 Prozent, im ehemaligen preußischen Gebiet und Ostkleinpolen mit 15 Prozent auf Grund der obigen Skala berechnete Summe, d. h. mit 25 und 15 Prozent der Goldparität umgerechnet sein.

Hypothekendarlehen, die auf Immobilien liegen, die dem Mieterschutzgesetz nicht unterliegen (ländlicher Besitz, Fabrikssrealitäten) werden in Westkleinpolen mit 50, in Mittelkleinpolen mit 42, in Ostkleinpolen und Besitzleinpolen mit 33 Prozent, in den sog. östlichen Provinzen mit 24 Prozent, in Ostkleinpolen und den ehemaligen preußischen Gebieten mit 15 Prozent der Goldparität, berechnet nach obiger Skala, umgerechnet;

Hypothekendarlehen, die auf Valuten der Großerstaaten oder auf Polenmark lautet, werden in Goldparitätsdarlehen konvertiert, die auf Grund der valorisierten Hypothekendarlehen des betreffenden Instituts für langfristige Kredite emittiert werden, wobei die ausgelösten und nicht ausgelösten Pfandbriefe gleich behandelt werden.

Die Goldparitätsdarlehen, die bis zur Höhe der Summe der Hypothekendarlehen des betreffenden Instituts herausgegeben werden, sind unter die Besitzer der alten Pfandbriefe zu verteilen. Das Verhältnis, zu welchem der Austausch der alten Pfandbriefe in neue erfolgen wird, wird sich der Umrechnungsumme der entsprechenden Hypotheken nähern, z. B. die Pfandbriefe aus der Vorriegezeit des städtischen Kreditinstitutes, die auf 100 Rubel lautet, werden annähernd im Verhältnis von 25 Prozent der Goldparität umgetauscht werden. Bei der Bodenfreibitanstalt wird die Umrechnung aus dem Grunde sehr kompliziert sein, weil die Hypotheken dieser Gesellschaft je nach der Zone, in der sich die Immobilien befinden, mit 50, 42 und 33 Prozent valorisiert werden.

Obligationen und Industrieunternehmungen werden grundsätzlich mit 33 Prozent valorisiert mit dem Vorbehalt, daß je nach der Vermögenslage der Gesellschaft die Valorisierungssumme verstärkt oder vermindert werden kann.

Sparsparungen in Sparklassen werden auf Grund der Umrechnung der Aktiven der betreffenden Sparklasse umgerechnet.

Auf derselben Grundlage erfolgt die Valorisierung der Leistungen der Lebensversicherungsgesellschaften.

Die Sparsparungen in Banken und in der P. A. O. werden, soweit es sich um keine Einlagen handelt (bis zu 2500 Gold) mit 5 Prozent der Goldparität, Einlagen über diesen Betrag hinaus und Schulden aus laufenden Rechnungen werden nur nach dem Verhältnis eines Golds gleich 1800 000 Mpp. umgerechnet. Ausgeschlossen von der Valorisierung sind noch nicht fällige Wechsel aus Käutionen, staatlichen Depositen und aus Elementarversicherungsberträgen.

Die Verbindlichkeiten jeder anderen Art, die in der Verordnung nicht aufgelistet sind, werden entweder durch eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Parteien oder durch gerichtlichen Spruch valorisiert, wobei die Verordnung den Gerichten Richtlinien gibt, an die sie sich bei der Feststellung des Maßes und der Art der Valorisierung der einzelnen Arten dieser Verbindlichkeiten halten sollen.

Bei der Feststellung des Maßes der Valorisierung der einzelnen Verbindlichkeiten, insbesondere der Hypothek- und Nicht-Hypothekendarlehen, hat der Ministerrat Rücksicht auf die allgemeine Verarmung der Bevölkerung Polens genommen, insbesondere gewisser Schuldner, die teils durch den Krieg oder durch Schäden, die der Krieg mit sich brachte, teils durch die langjährige Inflation, welche das bewegliche Kapital sehr vermindert hat, wodurch die Preise aller größeren Objekte herabgedrückt worden sind, schließlich die infolge der rechtlichen Beschränkungen, durch welche die Einkommensergiebigkeit und der Wert der einzelnen Vermögensobjekte herabgedrückt worden ist (Mieterabschlags, Ausfuhrbeschränkungen für landwirtschaftliche Produkte, Beschränkung der Verkaufsmöglichkeit größerer Objekte, schließlich die hohen Steuern) in ihrem Vermögen geschränkt worden sind.

Die Erfahrung der Herausbildung aller Verbindlichkeiten ist in ganz Europa allgemein. Überall, wo ein Fall der Valuta stattgefunden hat, haben sich ebenso die Forderungen der Gläubiger herabgesetzt; in manchen Ländern ist das sogar sehr empfindlich geworden (in Frankreich auf 33 Prozent, in Italien auf 28 Prozent, in Belgien auf 27 Prozent, in der Tschechoslowakei auf 15 Prozent, in Österreich auf einen Bruchteil von 1 Prozent, und sogar in der Schweiz auf 9 Prozent). Wo dieses Sinnen Katastrophen Ausmaß angenommen hat, wie in Deutschland, mußte im gescheiterten Wege eine Valorisierung der alten Verbindlichkeiten erfolgen; diese Valorisierung ist aber sehr niedrig, sie beträgt nur 15 Prozent, sie ist somit viel niedriger wie in Polen. In Österreich wurde für eine sehr begrenzte Gruppe von Forderungen eine 10prozentige Valorisierung eingeführt.

Die Erfahrung der Herausbildung aller Verbindlichkeiten ist in ganz Europa allgemein. Überall, wo ein Fall der Valuta stattgefunden hat, haben sich ebenso die Forderungen der Gläubiger herabgesetzt; in manchen Ländern ist das sogar sehr empfindlich geworden (in Frankreich auf 33 Prozent, in Italien auf 28 Prozent, in Belgien auf 27 Prozent, in der Tschechoslowakei auf 15 Prozent, in Österreich auf einen Bruchteil von 1 Prozent, und sogar in der Schweiz auf 9 Prozent). Wo dieses Sinnen Katastrophen Ausmaß angenommen hat, wie in Deutschland, mußte im gescheiterten Wege eine Valorisierung der alten Verbindlichkeiten erfolgen; diese Valorisierung ist aber sehr niedrig, sie beträgt nur 15 Prozent, sie ist somit viel niedriger wie in Polen. In Österreich wurde für eine sehr begrenzte Gruppe von Forderungen eine 10prozentige Valorisierung eingeführt.

Die Erfahrung der Herausbildung aller Verbindlichkeiten ist in ganz Europa allgemein. Überall, wo ein Fall der Valuta stattgefunden hat, haben sich ebenso die Forderungen der Gläubiger herabgesetzt; in manchen Ländern ist das sogar sehr empfindlich geworden (in Frank

die Schweiz, Belgien, das alte Österreich an. Ein Meer von Tränen zählte die Menschheit für den Missbrauch mit dem Worte Volkstum. Besonders kam dies bei verschiedenen Arten von gesichtlichen Sendungen, Kulturmissionen und Missionen zum Vorschein. Das Herabsetzen der Eigenschaften seines Volkes, das Herausheben derjenigen der anderen Völker führt stets zu Hass, Feindschaft, Kriege, Blut, Tränen und Elend, besonders für die kleinen Kinder. Darum seien alle diese Schäfer und Hakenkreuzer verflucht, die neben Interessen ihres Volkes die der Menschheit nicht sehen wollen und durch erbitterte Häkerei predigt zu Gewalttaten und Unterdrückung aufrufen. Menschenliebe, Versöhnung, Bruderschaft müssen die Leidserne des Zukunftsmenschen werden und ihm ein besseres Los auf Erden bereiten." Langanhaltender Beifall lohnte die Ausführungen dieses bejammerten freiherrlichen Menschheitsverkämpfers, der sich nicht nur gegenwärtig nicht scheut, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, sondern sich dazu auch mutig in den Zeiten schwerster zaristischer Unterdrückung bekannte, wofür er im Jahre 1908 zu lebenslanger Festungshaft verurteilt wurde.

## Aus Stadt und Land.

Posen, den 23. Mai.

### Generalkirchenvisitation.

II.

Der Kirchenkreis Lobsens, den Superintendent Müller in Weizenhöhe leitet, hat seinen Mittelpunkt in dem Eisenbahnnotpunkt Nadel. In Nadel begann darum die Visitation mit einer Konferenz der Geistlichen und Laien, die unter dem Vorsitz des Generalsuperintendenten D. Blau die Visitationskommission bildeten und die einzelnen Arbeiten unter sich verteilten. In Nadel hat es seit den Tagen der Reformation Evangelische gegeben, aber erst am 16. Mai 1824, also gerade vor 100 Jahren, wurde die erste evangelische Kirche in Nadel eingeweiht, was trotz der großen Abwanderung immer noch eine evangelische Kirchengemeinde von etwa 2200 Seelen vorhanden ist, die unter großer Beteiligung die Visitation aufnahm.

Dienstag früh vor dem Gottesdienst begrüßte der Gemeindekirchenrat durch seinenstellvertretenden Vorsitzenden Gutsbesitzer Bischel aus Erlau den Generalsuperintendenten im Namen der Gemeinde mit herzlichen Segenswünschen, die voll Vertrauen und Verehrung zu ihrem Oberhirten aufzehe. Der Gemeindekirchenrat geleitete darauf den Generalsuperintendenten und den Präses der Landesfürsorge, von Klitzing-Dziembow, sowie die übrige Visitationskommission feierlich in die freundlich ausgeschmückte staatliche Kirche, die 1200 Sitzplätze zählt und trotz des Wochenmarktes bis auf den letzten Platz gefüllt war. Generalsuperintendent D. Blau leitete den Gottesdienst und die gesamte Generalkirchenvisitation mit einer Gründungsansprache, die Christus als Grund, Kraft und Hoffnung für Kirche und Gemeinde lebendig werden ließ, Gedanken, die der Ortspfarrer Wehrhan in der Predigt, die Gabe und Aufgabe der Christenfreude aufwies, fortführte. Pfarrer Beninden aus Willisch sprach anschließend mit der Konfirmanden Jugend über rechte Bruderliebe im Unterschied von allgemeiner Menschenliebe, Nächstenliebe und Freundschaft. Eingerahmt wurden die Ansprachen durch frischen Gemeinbegefang und zwei Gesänge ("Herr, Deine Güte reicht so weit", von Hauptmann und "Gott ist mein Hirt" von Schubert), die ein gut geschulter Frauenchor unter Leitung von Fräulein Poehl tief empfunden zum Vortrag brachte. Auf den Gottesdienst folgte ein Schulgottesdienst, an dem über 250 Schulkinder teilnahmen. Superintendent Müller aus Weizenhöhe hielt die Unterredung mit den Schülern, die auch einige Kirchenlieder sangen, während der Generalsuperintendent mit einer Ansprache an die Kinder und mit einer Befreiung mit den Lehrern die Feier abschloß, der eine Sitzung mit dem Gemeindekirchenrat folgte. Wends um 7 Uhr sprach Pfarrer Nammler aus Posen noch auf einem Gemeindeabend in der Kirche zu Erlau über die Innere Mission in unserem Lande als einer notwendigen Betätigung der GesamtKirche und einer persönlichen Glaubensbeschäftigung, während vorher noch die Friedhöfe in Nadel und Erlau besichtigt wurden, auch der Generalsuperintendent den Schwestern und den Kranken des Evangelischen Siechenhauses einen Besuch abgestattet hatte.

### Einkommensteuer.

Bis morgen, Sonnabend, 24. Mai, ist die Hälfte der Einkommensteuer, abzüglich des am 1. Mai 1924 gezahlten Betrages zu zahlen.

### Das Recht auf Diebstahl.

Wir haben erst vor einigen Tagen in einem längeren Artikel auf die neuerdings beliebte Umstellung der Moral hingewiesen. Eine solche macht sich, wie zur Ergänzung der damaligen Ausführungen angeführt sei, auch auf anderen Gebieten, z. B. auf dem Diebstahl geltend. Schon die ganz ungewöhnliche Zunahme der verhinderten Diebstähle beweist, daß die Zahl derselben in einem Diebstahl ein Unrecht kaum noch erbliden, in bestän-

Sie stießen an und tranken. Der schwere Wein nahm ihm fast den Atem, aber er leerte das Glas wie sie. Sie läutete gleich nach.

"Das war für das Willkommen," sagte sie, und leckte sich die Lippen. "Und das ist auf die Zukunft."

"Hören Sie auf," rief er widerwillig. "Wir sind hier doch nicht in einer Animierkneipe."

"Das sind Männer," lachte sie. "Vor 'ner Flasche haben sie Angst. Auf die Zukunft wollen Sie nicht trinken? Brüderchen, trink!"

Er trank und schüttelte sich. Aber es tat ihm wohl.

Nachher kriegen Sie auch wieder eins von meinen Wunderpulvern, versprach sie ihm. "Sticken Sie sich eine Zigarette an, und dann geht's gleich ans Geschäft."

Sie legte ihre Beine übereinander und lehnte sich soweit zurück, daß ihre Fußspitzen seine Knie berührten.

"Ich habe also mit Nobbe gesprochen. Sie werden also zunächst als Aufständer für uns arbeiten. Da wird man am besten sehen, ob Sie anständig sind. Sie bekommen Ihre bestimmten Distrikte und Ihre bestimmte Branche. Erst mal Lebensmittel. Sie haben zu kaufen, was Sie kriegen können. In Stadt und Land. Wenn Sie sich bewahren, werden Sie rasch weiterkommen, auch ins Ausland, Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden. In Holland sitzt mein geschiedener Mann, der Kasimir Sonnenstich. Ein Erzhalunke. Durch seine Hände sind schon Milliarden gegangen. Von dem können Sie viel lernen."

"Ich bin nicht wild darauf," sagte Redlich trocken.

(Fortsetzung folgt.)

### Der Ku Klux Klan.

nak. Newyork, im April.  
Als halbwüchsige Burschen und Mädels haben wir schon bei Karl Wahl die Bekanntschaft des Ku Klux Klans gemacht. In einem der Maiischen Indianerromane ist des längeren und breiteren davon die Rede, aber die geheimnisvollen Nachrichten "hei-

diger Zunahme" begriffen ist. Weiter lehrt die Statistik, daß das Anwachsen der Diebstähle zum nicht geringen Teil auf das Konto der Jugendlichen zu setzen ist. Beider! Aber wie kann das anders sein, wenn Erwachsene die Verübung von Diebstählen zu den Selbstverständlichkeiten rechnen; wenn die Kinder sehen und hören, wie ihre Eltern oder erwachsenen Geschwister dem unrechtmäßigen Erwerbe nachgehen oder, wie das leider sehr häufig der Fall ist, von ihren Eltern zur Verübung von Spitzbübereien angehalten oder dazu angelernt werden? Dazu kommt, wie die Erfahrung zeigt, ihre elterlichen Vorbilder an Verschlagenheit, List und Gewandtheit bei weitem übertreffen, kann nicht weiter überraschen. Man braucht nur einmal sein Augenmerk auf die planmäßigen Veraubungen der vom Güterbahnhofe kommenden Kohlenwagen zu richten, um sofort von der Nichtigkeit des vorstehenden Gesagten überzeugt zu sein. Dabei soll jedoch noch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß neuerdings in der Nähe des Güterbahnhofes nun doch eine größere Sicherheit eingetreten ist, nachdem dort patrouillierende berittene Schutzmannschaften für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen.

Natürlich ist nicht jeder Kohlendiebstahl auszuschalten, und es wird immer wieder Kohlendiebe geben, die offen oder versteckt ihrem Gewerbe nachgehen. So kann auch der folgende Fall nicht weiter überraschen, von dem wir im übrigen keine Notiz nehmen würden, wenn er nicht durch sein Drama und Drama der Neuheit hätte. Kürzlich nachts überwuschte nämlich ein Kriminalbeamter drei Frauen, eine in den fünfzig Jahren, die zweite von 25 Jahren und die dritte, ein junges Mädchen von 17 Jahren, die jede einen mit Kohlen gefüllten Sack auf dem Rücken trugen. Die Kohlen waren offenbar auf dem Bahnhofe gestohlen worden. Die ältere und die jüngste Frau behaupteten zu ihrer Entschuldigung, daß sie die Kohlen nur aufgelesen hätten. Die 25jährige dagegen proklamierte ganz frei und offen das Recht auf Diebstahl. Was sollte machen? Sie sei arbeitslos und mithin auf Diebstahl angewiesen. Er, der Beamte, der sein sicheres Brot habe, wisse ja nicht, wie armen, arbeitslosen Leuten zumute sei usw. Die Folge dieser gehörnten Auseinandersetzung war, daß alle drei den Weg zur Polizei antreten und die Kohlen abliefern mußten und nun eine Anklage wegen Kohlendiebstahls zu erwarten haben. Zweifellos wird jeder sozial empfindende Mensch dem arbeitslosen Menschen sein Mitgefühl um so weniger versagen, als ja der Gesetzgeber bereits durch die weitere Fassung des Begriffs "Mundraub" ebenfalls der gesteigerten Not der Zeit Rechnung getragen hat. Andererseits wird aber doch der Schutz des Privat-eigentums immer noch Aufgabe der Sicherheitsbehörden bleiben und die Zeit hoffentlich immer fern bleiben, die das "Recht auf Diebstahl" ganz allgemein proklamieren darf.

### Neue Liquidierungen.

Vom "Monitor Polisi" (Nr. 108 und 109 vom 12. bzw. 13. Mai) beschloß die Liquidationskommission zu Posen in den Sitzungen vom 11. und 18. April und vom 2. Mai 1924 die Enteignung folgender Besitzungen: Rittergut Strenze im Kreise Kempen, Besitzer Max Blau; Rittergut Samarte im Kreise Königsberg, Besitzer Max Bier; Rittergut Samarte im Kreise Königsberg, Besitzer Herbert von Berbant; ferner eines demselben Eigentümer gehörigen Brillanten und Fabrik; sodann der Rentenansiedlungen Polzyno Nr. 6 im Kreise Posen Ost, Besitzer Bernhard Büker, und Polzyno Nr. 11 im Kreise Posen Ost, Besitzer Friedrich Meisch. Vom "Monitor Polisi" in Nr. 110 und 112 vom 14. und 16. d. M. bat die Liquidationskommission zu Posen in der Sitzung vom 18. April die Enteignung folgender Rentenansiedlungen beschlossen: Wolfschagen Nr. 5 im Kreise Wirsitz, Besitzer Ernst Steckling, Grabau Nr. 22 im Kreise Wirsitz, Besitzer Heinrich Winter, und Grabau Nr. 23, Besitzer Eduard Verge.

X Zur Steuerung der Wohnungsnot. Der Magistrat beschloß, neben dem Fort Radziwill ein Wohnhaus für 20 Familien zu bauen und veröffentlicht in polnischen Blättern einen Submissions-termin.

X Eine rigorosere Handhabung der Hundesperre wird jetzt in Posen Platz greifen, nachdem ein neuer Fall von Hundetotschlag festgestellt worden ist. Der Hauptgrund für die Verhärting liegt aber wohl darin, daß, wie die tägliche Beobachtung wieder einmal lehrt, für viele Hundebesitzer die nun seit Sonntag doch wenigstens bestehende Hundesperre einfach nicht existiert. Denn sonst könnte man nicht so viele Röder auf den Straßen sich ganz ungeniert fetteten und mauskörblos herumummeln sehen. Es wird jetzt von den Schutzleuten ganz scharf darauf geachtet werden, daß die Hunde an der Leine geführt werden und mit Maulkörben versehen sind. Frei umherstreifende Hunde werden gegebenenfalls glatt erschossen werden. Die schärfere Handhabung der Hundesperre wird zweifellos die Hundebesitzer am härtesten treffen, die die bisherigen Maßnahmen der Hundesperre gewissenhaft beachtet haben.

X Ein interessanter Vergleich. Die "Pravda" bringt in ihren Nummern 118 und 119 eine Korrespondenz aus Stralsund, in der

dabei ziemlich schlecht ab. Sie werden so recht als vermuhte Straußhölle und Ritter von der traurigen Gestalt geschildert, die bei ihren Streifzügen stets Prügel beziehen und mit Spott und Hohn abwungekt werden. Eine ganz so lächerliche und nebenästhetische Erscheinung, als die ihn der felige Karl Mah darstellt, war und ist der Ku Klux Klan aber nicht. Der Bund, der neuerdings wieder überall im Lande auftaucht und unter leuchtenden Flammentreuen seine Versammlungen abhält, ist in Wirklichkeit heute ein nicht zu unterschätzender Faktor im politischen Leben der Vereinigten Staaten. Das konnte man deutlich erkennen, als vor einiger Zeit der Gouverneur des Staates Oklahoma mit seinem Feldzug gegen den Klan so läufig Schiffbruch litt. Gouverneur Walton hatte dem gesetzwidrigen Treiben der Geheimbündler, die als Staat im Staat ihre eigene Gerichtsbarkeit ausüben und die Gegner ihrer terroristischen Bestrebungen teeren und fündern und gelegentlich zu Tode peitschen, Einhalt tun wollen und zu diesem Zweck die Staatsgerichte und die Staatsmiliz mobilisiert. Aber es zeigte sich, daß nicht nur die große Mehrheit der Richter, Offiziere und Soldaten, sondern auch des Provinziallandtages von Oklahoma aus Mitgliedern des Klans bestand. Gouverneur Walton schritt infolgedessen bei seinem Unterfangen ähnlich ab, wie der niedrige Ritter Don Quichotte bei seinem Kampf gegen die Windmühle.

Der Ku Klux Klan, dessen Tendenz sich heute hauptsächlich gegen Neger, Katholiken, Juden, politische Radikale und alle Ausländer richtet, ist vor Jahren in den Südstaaten der Union aus den Nöten der besiegt Konföderation im Herrensaal der Konstituutionsjahre nach dem Bürgerkrieg 1860–64 entstanden. Er diente damals lediglich dem Zweck, die weiße Bevölkerung des Südens vor den Negern zu schützen, die sich in den ersten Jahren ihrer neugewonnenen Freiheit unter dem Schutz des Nordens ziemlich zügellos aufführten. Angesichts der Tatsache, daß es damals im Süden an einer stabilen Verwaltung fehlte, konnte der Ku Klux Klan (von dem griechischen λόγος — Kreis und dem schottischen clan — Stamm) sogar eine gewisse Berechtigung beanspruchen. In seiner Glanzperiode, Ende der sechziger Jahre, zählte dieser Ritterschred mehr als eine halbe Million Mitglieder. Er regierte damals nächtlicherweise, "nein Kirchhof" gähnen und die Söhle selbst Anstellung in die Welt aussetzen". Mit Uhu-fürsündigte er sich an, dann flang fernes Pferdegetrappel, und schließlich brach es aus dem Wald hervor und donnerte in die Rea-

über alles Mögliche gesprochen wird, auch über die dortigen Wohnungsverhältnisse. Einige "christliche" gemeint sind polnisch-katholische Haushälter werden mit Namen aufgeführt, die sich durch ganz besondere Rücksichtslosigkeit und Schikanen gegen ihre Mieter auszeichnen. Dann wird aber gesagt, daß solange die Häuser im Besitz von Deutschen oder Juden waren bzw. noch sind, die Mieter in Ruhe und Frieden leben. Von dieser sicherlich ungemein Anerkennung der "Barbaren" nehmen wir gebührend Notiz. Um übrigens: daselbe kann auch in vielen Fällen von Posen gesagt werden.

# Antwortrede. Der nächste, vierte Antwortrede des Superintendents Rhode findet Montag, 26. d. Mts., 8 Uhr, im Konzertsaal der Paulinische statt.

# Posener Bachverein. Da die Probe in der Woche nach Pfingsten ausfallen muß, findet die nächste Probe für das a capella-Konzert am Sonntagmorgen morgen, Sonnabend, 24. Mai, statt. Beginn 7½ bzw. 8½. Um zahlreichen Besuch wird dringend gebeten.

# Deutscher Theaterverein Posen. Die Theaterleitung gibt hiermit bekannt, daß der Vorverkauf für die am kommenden Dienstag, dem 27. d. Mts., stattfindende Aufführung des Schwanke "Die spanische Fliege" gut eingezogen hat und bereits soviel von statthaft geht, daß mit einem ausverkauften Haus gerechnet werden kann. Wir bitten also jeden, der Interesse an dem Besuch dieses lustigen Abends hat, sich rechtzeitig in den Besitz von Eintrittskarten zu setzen. Die Preise der Plätze betragen 1, 2, 3 und 4 Zloty und sind im Billetengeschäft von Gunnar, Sw. Marcin, Ecke ul. Gwarka, nur noch in beschränkter Anzahl zu haben.

X Zur Warnung möge folgender Fall dienen, der sich gestern auf dem Hauptpostamt in der ul. Pocztowa (früher Friedrichstraße), zugetragen hat. Während dort ein Sergeant Piecuch vom 57. Inf.-Regt. einen Schech einzog, wurde ihm vermutlich von einem 14- bis 15-jährigen Bengel aus seiner linken Tasche eine Goldtaube mit 170 Zloty und 200 Millionen in 10-Millionen-Noten, sowie Personalpapiere gestohlen.

□ Posener Wochenmarktpreise. Der heutige Freitag-Wochenmarkt war sehr belebt und zeigte große Zusuhren an Gemüse. Es brachten das Pfund Landbutter 2½ Millionen, die Mandel Eier 18.000 Mk., das Pfund Kartoffeln 60.000 Mk., Zwiebeln 800.000 Mk., Rhabarber 500.000 Mk., dicker Spargel 2 Millionen Mk., Spinat 400.000 Mk., Erbsen 3–600.000 Mk., Bohnen 1 Million und darüber (in den Lebensmittelhandlungen bekommt man Bohnen bereits für 500–550.000 Mk.) das Pfund Schweinefleisch 1100.000 Mk., das Pfund Kalbfleisch 900.000 Mk., ein Hering 250.000 Mk., eine Zitrone 180.000 Mk. und eine Apfelsine 30.000 Mk.

\* Bojanow, 21. Mai. Montag nachmittags gegen 6½ Uhr entlud sich ein heftiges Maigewitter über unserm Städtchen und den Nachbarorten, das mit einem starken Regenguss begleitet war. Mehrere Schläge waren zu verspüren, und u. a. fuhr gegen 6½ Uhr ein Blitzstrahl in die zum Dominikus Karzalin gehörige, etwa 80 Meter lange, mit Stroh gedeckte Scheune, die im Nu in hellen Flammen stand. Mit rasender Schnelligkeit verbreiteten sich die Flammen über den Dachstuhl, so daß nur an die Erhaltung der entzündenden Scheune und Stallungen gedacht werden konnte. Die Feuerwehr unserer Stadt sowie die Sprüher umliegenden Dörfer waren bald zur Stelle, jedoch konnte dem Feuer bei der mit 150 Fässern Stroh und 300 Zentnern Kartoffeln gefüllten Scheune kein Gehalt geboten werden.

p. Kolmar i. P. 22. Mai. In Karzewnitz hiesigen Kreises wurde in der Nacht zum 21. d. Mts. bei dem Privatförster Bernhard Steinberg ein Einbruchdiebstahl im Werte von zwei Millionen verübt. Gestohlen wurden Kleidungsstücke, 2 Fuchsfelle, eine goldene Kette mit Medaille, ein Bernsteinarmband, silberne Löffel und Messer, Wäsche, gezeichnet F. G. und A. S.

\* Neutenschen, 21. Mai. Dieser Tage konnte der Direktor der hiesigen Genossenschaftsbank, Kaufmann Fritz Luk, auf eine 25jährige Tätigkeit als Direktor dieser ältesten Bank unserer Stadt zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde dem Jubilar im Namen des Aufsichtsrates ein wertvolles Streitzeug in der letzten Generalversammlung dieser Bank durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Kaufmann Max Wolf, mit Worten des Dankes für seine der Genossenschaft geleisteten treuen Dienste, sowie mit herzlichen Wünschen für die Zukunft überreicht.

\* Luchel, 21. Mai. Bei einer getöteten Kuh des Besitzers Mr. Mroz in Gostychny hiesigen Kreises ist amlich Tollwut festgestellt worden. Über die Ortschaften Gostychny, Przyrowo und Gr. Miedromierz ist die Hundesperre verhängt.

Sommer-Sprossen  
entfernt radikal seit 20 Jahren best bewährter  
**CREME LANOL**  
Parfumerie d'Orient-Kalotekhnika Warszawa.

siedlements hinein, Hunderte und zuweilen Tausende von weißvermummten Gestalten auf gepeitschten, weißvermummten Rossen. Es wurde ein Haberfeldtreiben veranstaltet, gepeitscht, gebrandshärt, gefoltert und sogar gemordet. Schwarze und weiße Helfershelfer und Afroamerikaner ohne Unterschied. In späterer Zeit arbeitete der Ku Klux Klan mehr und mehr aus, hauptsächlich infolge des Beitritts von Nadaelementen, bis schließlich Präsident Grant mit eiserner Willkür dem Treiben ein Ende mache. "Er will kein Despot sein, aber er will seinen Willen durchsetzen", erklärte Karl Schurz, als er damals in der Debatte im Bundesrat mit seinem Freund Sumner die Führung übernahm und dabei der liberalen Richtung in der republikanischen Partei die Wege wies. Der Ku Klux Klan ist wieder erstanden und hat sein "unrichtbares Reich" vom Süden auf den Norden ausgedehnt. Aber er verfolgt, dem Geist der Zeit Rechnung tragend, neue Ziele. Er hat die Wahrnehmungen des Dingotums und die Rassen- und Religionsvorurteile der Nativisten zu einem Programm zusammengefaßt, das die "Vorherrschaft der weißen und protestantischen Amerikaner" proklamiert und auf die Entrichtung aller Katholiken, Juden, Muslime und Sozialisten abzielt. Man kann der Ansicht sein, daß der Klan sich damit ein bisschen viel vorgenommen hat und mit seinen Bestrebungen früher oder später auf unüberwindliche Widerstände stoßen dürfte. Jedenfalls aber hat er mit seinen Thesen nicht vergleichbar an den Mobinstinkt appelliert, denn der Erfolg der Bewegung ist beispiellos. Sie umfaßt heute die ganze Union und hat besonders im Westen und Mittelwesten gewaltigen Zulauf gefunden. In einer ganzen Reihe von Staaten, wie in Texas, Oklahoma, Georgia, Oregon, Indiana und Ohio ist er politisch glänzend organisiert und hält das Heft in der Hand. Er wird zweifellos auch bei den kommenden Präsidentschaftswahlen seinen Einfluß, wenn nicht entscheidend, so doch nachdrücklich geltend machen. Es gibt allerdings auch Leute, die der Ansicht sind, daß der neue Klan den Höhepunkt seiner Entwicklung bereits überschritten hat. Im Grunde ist er ja ein Produkt des Weltkrieges, wie ja auch sein Programm deutlich erkennbar die Nachwirkungen der Kriegspsychose verrät und der verminimte weiße Ritter auf dem weißen Ross die Ursache zwischen Nasse und Rasse versinnbildlicht, die der Krieg wieder aufs neue heraufbeschworen hat.

# Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

## Zwei Aktiengesellschaften.

Nach den verschiedenen Meldungen der polnischen Zeitungen zu urteilen, geben doch mitunter merkwürdige Dinge in einzelnen Unternehmen vor, die den Beobachter, auch soweit er nicht persönlich mit Kapital daran interessiert ist, seltsam berühren müssen. Dinge, wie sie hier in nachstehenden Blättern von polnischen Blättern geschildert werden, sind dazu angetan, das Vertrauen zu der polnischen Industrie nicht zu heben.

Wir wollen uns eine nähere kritische Betrachtung über die hier geschilderten Zustände vorbehalten und an dieser Stelle nur zwei polnische Blätter zitieren. Da ist einer Stelle ein Artikel in den "Widomski i Gospodarcze" bemerkenswert, der sich mit dem Verkauf der "Patria" an das Staatsmonopol beschäftigt. Was wir hier sehen, ist lehrreich und sollte von niemand außer acht gelassen werden. Es heißt da in einem Artikel:

### Über die "Patria" und die Monopolverordnungen.

"Wer auf der letzten Delegiertenversammlung der "Patria" war und dort die siebenhaften Ausführungen des Dr. Marian Gąsioracki, Vertreter des Tabakmonopols, des früheren Direktors Szczepanowski und anderer gehört hat, hat die Überzeugung davon getragen, daß den Aktionären Unrecht geschieht. Aber die Sache war im voraus besiegelt, so daß die Lage restungslos war. Die Mehrheit der Aktien beschloß die Liquidierung der "Patria". Die Mehrheit befand sich in den Händen des Staatschefs und der Polnischen Handelsbank (Polski Bank Handlowy), welche alle Missionen der "Patria" durchgeführt hat."

Der Verkauf der Zigarettenfabrik "Patria" an den polnischen Staatschefs ist von einem der Aktionäre angegriffen worden, wie wir das schon in unserem Schreiben erwähnt haben, und zwar durch staatliche Klage. Das Gericht hat am 26. April nach mehrmaligen Verhandlungen dahin erkannt, daß der Besitz der Generalversammlung, der den fraglichen Verkauf der Fabrik bestätigt hat, ungültig sei.

Das Urteil des Gerichts ist mit höchster Anerkennung aufgenommen. Denn wiewohl es noch nicht endgültig ist — sowohl der frühere Vorstand als auch der Aufsichtsrat machen gute Miene zum bösen Spiel, und ihre Mitglieder haben die Verurteilung angekündigt —, so sind wir doch überzeugt, daß auch das Berufungsgericht in Posen und zuletzt der höchste Gerichtshof in Warschau das erinstanzliche Urteil bestätigen wird und daß die Aktionäre den wahren Wert der Aktien und nicht bloß ein Teilschen davon erhalten werden.

Ähnlich wie in den Gerichtsverhandlungen eine Reihe von Manipulationen in Sachen des Verkaufs der "Patria" erwiesen worden ist, ähnlich — so wiederholen wir es — werden diese Sachen bei dem endgültigen Urteil ans Tageslicht kommen. Jedenfalls ist festzustellen daß die öffentliche Meinung der Ansicht ist, daß weder der Vorstand noch der Aufsichtsrat der "Patria" das Wohl der Aktionäre — drücken wir uns zart aus! — im Sinne hatten!

Es ist bekannt, mit welch blitzartiger Geschwindigkeit die Übernahme der "Patria" auf das staatliche Monopol erfolgt ist, — am Tage nach der Delegiertenversammlung der "Patria".

Wir hatten gedacht, daß die aufständigen Organe der "Patria" sich wenigstens das überredet haben, daß die Fabrikanlagen der "Patria" in unserem Teilgebiet bleiben werden und daß einige Tausend Arbeiter ihr Brot lebenslänglich gesichert haben werden.

Jedoch die in der Stadtverordnetenversammlung von dem Mitglied Bugazew eingebrachte Interpellation überzeugt uns, daß am 31. Juli die Regierung dazu schreiten wird, die Maschinen aller Tabakfabriken zu verkaufen, d. h. daß alle diese Fabriken aufhören werden zu bestehen. Mit den Arbeitern wird man weiterhand fertig werden und ihnen Arbeit anbieten in Winrich bei Lemberg oder an der rumänischen Grenze, unter Lebensbedingungen, die unseren Arbeitern ganz und gar nicht zusagen. Es liegt auch die begründete Befürchtung vor, daß die von dem Staat übernommenen Objekte allmählich in nichtpolnische Hände übergehen werden, und zwar — wie uns von den Bäckern der Stadtverordneten zugetragen worden ist — in jüdische Hände!

Unser Tabakarbeiter wird gewiß von der "Gnade" des Monopols keinen Gebrauch machen und nicht in die weite Welt nach Brot laufen, während er das Recht hat, es in seinem eigenen Teilgebiet zu gewinnen, in dem er geboren und aufgewachsen ist. Auf unsere Stadt wird die Last fallen — wenn auch nur die moralische —, ihn zu erhalten. Daran haben diese Herren vom grünen Tisch gar nicht gedacht!

Damit endigen wir die Sache der "Patria" und der Monopolverordnungen. Unsere weiteren Ausführungen werden wir in der Arbeit "Rechnung des nationalen Gewissens" geben. Diese wird im Ausland erscheinen, wenn nicht nur die Sache der "Patria" endgültig vor dem höchsten polnischen Gerichtshof erledigt sein wird, sondern auch noch andere wichtige Sachen 1914—1916.

Produkten. Katowice, 21. Mai 1924. Weizen 26.30, Roggen 15. Hafer 14.95, Braunerste 14.55, loko Verladestation: Leintuchen 22.56, Rapsküchen 18, Weizenkleie 10.30, Roggenflocke 10.05.

Lemberg, 22. Mai 1924. Bei vollkommenem Nachfragemangel keine Umsätze. Tendenz fest. I. Weizen (73/74) 19.00—20.25, kleiner. Roggen (68/69) 11.25—12.00, (65/66) 10.20—10.50, kleinpoln. Braunerste 11.50—12.00, Vermahlgerste (44/45) 11.5—12.5

Warschau, 22. Mai. Börsentransaktionen in Klammern die Tonnenzahl für 100 kg. netto, franko Verladestation: Kongressroggen 116 f. garant. (130) 12.50—12.33, Kongressroggen 115 f. garant. (30) 12.64, pol. Roggen 116 f. (30) 12.78, Kongressbraunerste (25) 13.61 bis 14.17, Kongreßheitshafer (55) 13.47—13.61, Pomer. Einheitshafer (15) 14.17, franko Warschau: Leintuchen (15) 19.16, Roggenkleie (85) 9.17—8.88. Tendenz im allgemeinen schwach. Für Hafer stärker.

**Börse.**

■ Warschauer Börse vom 22.5. 24. Devisenverkehr in den gestrigen Schranken bei unveränderten Kursen. Milionówka zu Beginn stärker, dann wieder schwach. Es notieren Staatspapiere: 4% Prämienanleihe (Milionówka) 0.40, 6% Börschbons 0.65, 8% Golbanslethe 7.50, 6% Dollaranleihe 2.95. In der Effektenbörse ist die Situation etwas besser wie am Vortage. Stärker angeboten werden Erdölwerke. Es notieren Banknoten: Dyskontowy 7.75, Handlowy 8.15, Kredytowy 0.65, Handlowy Posen 3.40, Bachotin 2.20, zw. Sp. Zarbst. 5.00, Industriewerte: Czerwionka 0.36, Kijewsk 0.35, Puls 0.42, Spieß 1.04, Sirem 15.00, Szczecin 2.65, Gila i Swiatlo 0.60, Chodorow 5.30, Egersz 1.00, Czestochowa 2.80, Ostrowiec 1.55, Michalow 0.70, W. T. G. Czerni 4.30, W. T. A. Wogla 0.35, Polska Rafta 0.70, Nobel 1.40, Czestochowa 0.62, Fitzner & Camper 0.75, Kau 0.75, Modrzewiows 8.25, Norblin 0.70, Rudzki 1.80, Starachowice 3.22, Ursus 1.20, Wulfan 3.00, Zamierow 43.90, Bydgoszcz 41.00, Haberbusch & Schiele 7.10, Cmielow 0.92, T. P. G. 2.60.

■ Warschauer Börse vom 22. Mai. (Markt der nicht notierten Werte.) Chybka 7.75, Gaj 15.00, Mala Wieś 3. Jaworzno 25, Pruszków 0.40, Giełka na Sanie 0.25, Kaucuk 0.40, Lotosmotow 0.70, Machlej 1.90, Nitrat 0.50, Opatowiel 0.40, Hurt 0.40, Wieliczka 0.30, Przem. Węglowy 0.04, Przemysł Terpentynowy 1.685, Wien 5.98, Prag 12.56, Jugoslawien 5.93, Budapest 4.58, Sofia 3.04, Danzig 7.41.

■ Zürcher Börse vom 22. Mai. (Amerikanisch.) Neufeld 5.65, London 24.63, Paris 31.45, Brüssel 26.80, Amsterdam 21.25, Berlin 1.33, Wien 79.50, Prag 16.80, Mailand 25.05, Madrid 78.25, Budapest 65.00, Sofia 4.10, Belgrad 7.00, Athen 11.00, Helsingfors 145/2, Christiania 78.50, Kopenhagen 95.50, Stockholm 150.00. Freie Anträge stellen.

## Handel.

■ Herabsetzung der Kohlensteuer in Polen. Nach einer gemeinsamen Verordnung des Finanzministeriums und des Ministeriums für Industrie und Handel wird die Kohlensteuer für die Gruben Flora, Grodzic, Mars, Adele, Andrzej II, Bork, Dadeusz, Wanda und andere des Dabrowaer Beckens von 14 auf 8 Prozent und für die Grube Felix des desselben Beckens von 12,5 auf 8 Prozent herabgesetzt. Für oberösterreichische Kohle soll die Steuer 5 Prozent betragen. In Zusammenhang mit dieser Maßnahme dürfte eine weitere Kohlenpreiserhöhung zu erwarten sein. Mit Rücksicht auf die bereits erwähnten Lohnreduzierungen hat der oberösterreichische Kohlenverband in Katowitz, dem alle Kohlenproduzenten des dortigen Beckens mit Ausnahme der polnisch-französischen Gesellschaft Staroferme angehören, die am 5. Mai mit Wirkung ab 12. Mai beschlossene 20prozentige Kohlenpreiserhöhung inzwischen schon wieder rückgängig gemacht.

## Industrie.

■ Von der polnischen Zuckerindustrie. Der äußerst strenge und lange Winter hat die Verwertung der Zuckerrüben sehr ungünstig beeinflußt, da die Rüben verhältnismäßig lange Zeit in den Mieten liegen bleiben müssen und dabei an Zuckergehalt verloren. Während sie zunächst 16.5—17.5 Prozent Zucker enthielten, betrug der Prozentsatz bei den zuletzt verarbeiteten Rüben nur 12—14 und an manchen Orten sogar nur 10. Deshalb konnte auch die vorgelegene Zuckerverproduktionsmenge von 364 150 Tonnen nicht erreicht werden. Verarbeitet wurden insgesamt 24 Millionen Tonnen Rüben, d. h. 21,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Zucker gewonnen wurde im ganzen 342 707 Tonnen, was ca. 67 Prozent der Friedensproduktion bedeutet und gegenüber der vorjährigen Kampagne ein Mehr von 22,5 Prozent. Infolgedessen soll das bereits vor längerer Zeit festgestellte Zuckerabzufüllung erhöht werden. Auch will man Melasse, wovon in der laufenden Kampagne 74 172 Tonnen hergestellt wurden, in größeren Mengen produzieren. Bisher belief sich die Melasseausfuhr auf 10 000 Tonnen. Die Zuckerrübenanbausfläche war im vergangenen Jahr 141 000 Hektar. Für dieses Jahr wird sie 15—20 Prozent größer berechnet. Zuckeraufbauten waren in der letzten Kampagne 76 im Betrieb. Für die nächste Kampagne hofft man, 2 durch den Krieg schwer beschädigte Fabriken wieder in Betrieb setzen und drei neue in Kleinpolen errichten zu können. Zwischen dem Verband der Kongresspolnischen Zuckeraufbauten und dem Verband der Zuckerrübenanbauer wurden dieser Tage in Warschau Verhandlungen geführt, bei denen man bereits zu einem Rahmenvertrag für die nächste Kampagne gelangte. Danach soll der Preis von 100 Kilogramm Zuckerrüben so hoch bemessen werden, wie er für 6.40 Kilogramm Kristallzucker im Durchschnitt der Zeit vom 1. Oktober 1924—1. Oktober 1925 sein wird. Außerdem erhalten die Rübenanbauer verschiedene Zuschlüsse, z. B. den Preis für den Rübenzucker, und eine Anzahlung von 60 Zloty je voll angepflanzten Morgen.

## Wirtschaft.

■ Zahlung der Gewerbesteuer von Auslandsfirmen in Polen. Info der verschiedentlich auftauchenden Zweifel, ob Auslandsfirmen Gewerbesteuer zu zahlen haben, macht das Finanzministerium bestimmt, dass Unternehmen, die außerhalb Polens geführt werden und von denen in Polen nur die Verwaltung ihren Sitz hat, die dort aber seineslei Handels- und Industrieoperationen vornehmen, von der Gewerbesteuer befreit sind.

■ Der Zigarettenarbeiterstreik in Bielitz, der vor einigen Tagen ausgebrochen ist, hat zum Ziel, einen Ausgleich der Löhne zwischen dem Bielitzer und dem Loder Bezirk herbeizuführen. Die Industriellen haben jedoch die zu diesem Zweck gestellte Forderung einer 20prozentigen Lohnerhöhung abgelehnt.

## Von den Märkten.

Metalle. Berlin, 22. Mai. (Für 1 kg in Goldmark) Elektroplatin 1.2525, Raffinade-Kupfer 1.04—1.06, Original-Hüttenblech 0.54—0.55, Hüttenzink 0.55—0.56, Remelted Platinzink 0.48—0.49, Binn (Banta Straits, Aufthal) 4.00—4.10, Hüttenzinn (mindest 99%) 3.90—4.00, Remmelde 2.25—2.35, Antimon Regulus 0.73 bis 0.75, Silber in Barren 900 fein 89.00—90.00.

Metallene Halbfabrikate. Berlin, 21. Mai. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Aluminiumbleche, Drähte, Stangen 320, Aluminiumrohre 500, Kupferbleche 184, Kupferdrähte, Stangen 162, Kupferrohre o. N. 174, Kupferschalen 250, Messingbleche, Bänder, Drähte 170, Messingstangen 139, Messingrohre o. N. 185, Messingrohrenrohr 200, Tombak mittlerrot, Bleche, Drähte, Stangen 205, Neußüberbleche, Drähte, Stangen 285, Schlaglot 190.

Metalle. Berlin, 21. Mai. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Altcupfer 104—107, Altrotguß 87—89, Messingspäne 68—70, Gußmessing 76—78, Messingabfälle 92—95, Altzink 41—43, neu Gußabfälle 48—51, Altweichblei 40—42, Alumin., Blechabfälle 194—196.

Produkten. Katowice, 21. Mai 1924. Weizen 26.30, Roggen 15. Hafer 14.95, Braunerste 14.55, loko Verladestation: Leintuchen 22.56, Rapsküchen 18, Weizenkleie 10.30, Roggenflocke 10.05.

Lemberg, 22. Mai 1924. Bei vollkommenem Nachfragemangel keine Umsätze. Tendenz fest. I. Weizen (73/74) 19.00—20.25, kleiner. Roggen (68/69) 11.25—12.00, (65/66) 10.20—10.50, kleinpoln. Braunerste 11.50—12.00, Vermahlgerste (44/45) 11.5—12.5

Warschau, 22. Mai. Börsentransaktionen in Klammern die Tonnenzahl für 100 kg. netto, franko Verladestation: Kongressroggen 116 f. garant. (130) 12.50—12.33, Kongressroggen 115 f. garant. (30) 12.64, pol. Roggen 116 f. (30) 12.78, Kongressbraunerste (25) 13.61 bis 14.17, Kongreßheitshafer (55) 13.47—13.61, Pomer. Einheitshafer (15) 14.17, franko Warschau: Leintuchen (15) 19.16, Roggenkleie (85) 9.17—8.88. Tendenz im allgemeinen schwach. Für Hafer stärker.

## Börse.

■ Warschauer Börse vom 22.5. 24. Devisenverkehr in den gestrigen Schranken bei unveränderten Kursen. Milionówka zu Beginn stärker, dann wieder schwach. Es notieren Staatspapiere: 4% Prämienanleihe (Milionówka) 0.40, 6% Börschbons 0.65, 8% Golbanslethe 7.50, 6% Dollaranleihe 2.95. In der Effektenbörse ist die Situation etwas besser wie am Vortage. Stärker angeboten werden Erdölwerke. Es notieren Banknoten: Dyskontowy 7.75, Handlowy 8.15, Kredytowy 0.65, Handlowy Posen 3.40, Bachotin 2.20, zw. Sp. Zarbst. 5.00, Industriewerte: Czerwionka 0.36, Kijewsk 0.35, Puls 0.42, Spieß 1.04, Sirem 15.00, Szczecin 2.65, Gila i Swiatlo 0.60, Chodorow 5.30, Egersz 1.00, Czestochowa 2.80, Ostrowiec 1.55, Michalow 0.70, W. T. G. Czerni 4.30, W. T. A. Wogla 0.35, Polska Rafta 0.70, Nobel 1.40, Czestochowa 0.62, Fitzner & Camper 0.75, Kau 0.75, Modrzewiows 8.25, Norblin 0.70, Rudzki 1.80, Starachowice 3.22, Ursus 1.20, Wulfan 3.00, Zamierow 43.90, Bydgoszcz 41.00, Haberbusch & Schiele 7.10, Cmielow 0.92, T. P. G. 2.60.

■ Warschauer Börse vom 22. Mai. (Markt der nicht notierten Werte.) Chybka 7.75, Gaj 15.00, Mala Wieś 3. Jaworzno 25, Pruszków 0.40, Giełka na Sanie 0.25, Kaucuk 0.40, Lotosmotow 0.70, Machlej 1.90, Nitrat 0.50, Opatowiel 0.40, Hurt 0.40, Wieliczka 0.30, Przem. Węglowy 0.04, Przemysł Terpentynowy 1.685, Wien 5.98, Prag 12.56, Jugoslawien 5.93, Budapest 4.58, Sofia 3.04, Danzig 7.41.

■ Zürcher Börse vom 22. Mai. (Amerikanisch.) Neufeld 5.65, London 24.63, Paris 31.45, Brüssel 26.80, Amsterdam 21.25, Berlin 1.33, Wien 79.50, Prag 16.80, Mailand 25.05, Madrid 78.25, Budapest 65.00, Sofia 4.10, Belgrad 7.00, Athen 11.00, Helsingfors 145/2, Christiania 78.50, Kopenhagen 95.50, Stockholm 150.00. Freie Anträge stellen.

■ Warschauer Börse vom 22. Mai. (In Billionen Mark.) Amsterdam 157.40, Brüssel 20.15, Christiania 58.75, Kopenhagen 71.42, Stockholm 111.72, Helsingfors 10.57, Mailand 18.75, London 18.855, Neuport 4.19, Paris 23.84, Schweiz 74.51, Spanien 58.45, Japan 1.685, Wien 5.98, Prag 12.56, Jugoslawien 5.93, Budapest 4.58, Sofia 3.04, Danzig 7.41.

■ Zürcher Börse vom 22. Mai. (Amerikanisch.) Neufeld 5.65, London 24.63, Paris 31.45, Brüssel 26.80, Amsterdam 21.25, Berlin 1.33, Wien 79.50, Prag 16.80, Mailand 25.05, Madrid 78.25, Budapest 65.00, Sofia 4.10, Belgrad 7.00, Athen 11.00, Helsingfors 145/2, Christiania 78.50, Kopenhagen 95.50, Stockholm 150.00. Freie Anträge stellen.

## Kurse der Posener Börse.

	Für nom. 1000 Mlp. in Zloty:	22. Mai




<tbl\_r cells="3" ix="4" max

## Aus Stadt und Land.

Posen, den 28. Mai.

### Beginn des Nickelgeldumlaufs.

Der „Rzecp.“ zufolge, sind in diesen Tagen eine große Anzahl neuer Nickelmünzen in Warschau in Umlauf gesetzt worden. Zins, gesamt befindet sich jetzt Nickelgeld im Betrage von 5 Millionen Złoty im Umlauf. Da in der nächsten Zeit neue Geldtransporde in Warschau eintreffen werden, soll aber in spätestens 14 Tagen diese Summe bedeutend vergrößert werden.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die polnische Staatsmünze eine Spezialmaschine bestellt hat, um Goldgeld zu prägen. Diese Maschine, die aus England stammt, ist bereits unterwegs und wird in nächster Zeit in Warschau erwartet. Da die in Frage kommenden Stempel bereits geschmitten sind, so wird man unmittelbar nach der Montage, die zehn Tage in Anspruch nehmen soll, mit dem Prägen des neuen polnischen Goldgeldes beginnen können. Übrigens ist das Gold, aus dem die Złoty geprägt werden sollen, durch private Vermittlung beschafft worden.

### Aufhebung der kleinen Stücke der deutschen Goldanleihe als Zahlungsmittel.

Der deutsche Reichsfinanzminister hat unter dem 8. d. Mts. angeordnet, daß die bisher als Zahlungsmittel verwendeten kleinen Stücke der Schatzanweisungen des Deutschen Reichs von 1923 (Goldanleihe), fällig am 2. September 1925, über 0,42 Mark Gold (= 1/10 Doll.), 1,05 Mark Gold (= 1/4 Doll.), 2,10 Mark Gold (= 1/2 Doll.), 4,20 Mark Gold (= 1 Doll.), 8,40 Mark Gold (= 2 Doll.), 21,00 Mark Gold (= 5 Doll.) vom 20. d. Mts. an nicht mehr als Zahlungsmittel angenommen zu werden brauchen. Die genannten Stücke der Goldanleihe sind von diesem Zeitpunkt an lediglich als Wertpapiere zu betrachten, die börsenmäßig gehandelt werden. Diese Maßnahme ist hauptsächlich dadurch notwendig geworden, daß in letzter Zeit Fälschungen gerade dieser kleinen Stücke der Goldanleihe beobachtet worden sind.

\* Eine Berichtigung zum „Chedrama“. Herr Pisarek, über dessen Chedrama wir in Nr. 116 berichteten, berichtet im „Dienst“ die Angabe, daß er nicht 6 Wochen mit seiner Frau zusammengelebt hat, dahin, er habe 3 Monate mit ihr in Gemeinschaft gelebt.

\* Ein tüchtiger Rechtsbeamter. Bei einer Frau auf der Wallstraße, deren Mann z. B. im Gefängnis sitzt, erschien ein gewisser Teophil

Schwabe und erklärte ihr, in der Lage zu sein, ihrem Manne wieder zur Freiheit zu verhelfen. Sie müsse aber für diesen Freundschaftsdienst 100 Millionen Mark zahlen. Die Frau gab diese Summe, und da sie dann nichts weiter von dem Rechtsbeamten bzw. seiner ererblichen Tätigkeit hörte, erstattete sie bei der Polizei Anzeige. Diese stellte fest, daß der hilfsbereite Herr Schwabe derartige Schweden schon mehrfach verübt hat.

\* Brandbericht. Gestern abend in der 7. Stunde war in einem Schuppen der ehemaligen Mich'chen Fabrik an der ul. Tabrowskiego 83/85 (fr. Große Berlinerstr.) in einer Werkstatt aus einem Ofen ein Feuer ausgebrochen. Das Feuer wurde vor der Wehr in einer Stunde gelöscht.

\* Diebstähle. Gestohlen wurden: am Sonnabend bei einem Bergmann im Zoologischen Garten ein Guimminant und ein grauer Herrenhut im Werte von 110 Millionen: einer Frau im Hause ul. Kościelna 20 (fr. Kirchstr.) ein seldenes Kopftuch, eine seldene Schürze und ein Kleid im Gesamtwerte von 150 Millionen; aus einer Wohnung ul. Stoma 26 (fr. Hansestr.) zwei Anzüge im Werte von 40 Millionen.

\* Festgenommen wurden gestern drei junge Burschen wegen Diebstahls von Drogenwaren in der Drogerie Marschallstraße 6.

\* Polizeilich festgenommen wurden gestern: 6 Betrunken, 13 Dirnen, 6 Diebe, 3 Frauenzümer wegen Unzuchtverdachts, 1 Person wegen Betruges, 2 gesuchte Personen.

\* Krotochlin, 21. Mai. Als dieser Tage spät abends ein Leischer geselle die Galzwirtschaft von Banaszak verließ, wurde er, wie die „Krotoch. Igt.“ berichtet, in der ul. Spichrzowa nach kurzem Wortwechsel plötzlich überfallen und mittels schwerer Instrumente übel zugerichtet, namentlich der Kopf wies mehrere Stichwunden auf. Die Überläter, Gebr. Dw. und Konsorten, habenhoffentlich eine exemplarische Bestrafung zu erwarten.

\* Schönau, 20. Mai. Ein kurzes Gewitter zog am Freitag nachmittag nördlich unserer Stadt vorüber. Ein Blitzaufschlag traf den Viehhof des Besitzers Schulz-Kamerawosen und zündete. Das Gebäude brannte vollständig nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Das Gewitter war mit einem starken Hagelbeschlag verbunden.

\* Sulmierzyce, 21. Mai. Der städtische Hegermeister Richard Liebich, seit vielen Jahrzehnten hier wohnhaft, seit 1892 Mitglied der kirchlichen Körperchaften, hat unsern Ort dieser Tage verlassen, um im Kreise Stuhm i. Westpr. bei seinem Sohne der wohlverdienten Ruhe zu pflegen.

\* Thorn, 22. Mai. Dienstag nachmittag ereignete sich auf der Bromberger Vorstadt ein tödlicher Straßenunfall, dem ein vierjähriger Knabe zum Opfer fiel. An der Ecke Käfernen- und Schulstraße überfuhr ein im Laufe herankommender Bierwagen, der von dem Kutscher Kolenderski aus Podgorz-Thorn gelenkt wurde, das vierjährige Söhnchen des bei der Wasserbauverwaltung angestellten Schiffers Krupkowsk. Beide Räder der

einen Wagenseite gingen dem Kind über die Brust. Der sofort hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod des Kindes feststellen.

### Aus Kongresspolen und Galizien.

\* Siedlce, 22. Mai. Dem „Brzgl. Wzg.“ zufolge ist eine schwere Unfall aufgedeckt worden, die sich kürzlich hier zugriffen hat. In einem Geschäft wurden eine Anzahl Helle getrieben und, um der Tätern auf die Spur zu kommen, ordnete die Kriminalpolizei an, daß u. a. auch das Gerät der vom Bahnhof abfahrenden Personen einer Revision unterzogen würde. Als ein Sac bei dieser Gelegenheit gebrochen wurde, vor sich ein schreckliches Schaftel-Mai stand dort nämlich den zerstörten Adiper einer Frau deren Kopf abgeschnitten war. Untersuchungen führten zur Festnahme des Täters, eines jungen, gut gefleideten Mannes, der auf die Frage, was das für Gerät sei, zynisch erklärte, er Jahre nach Warschau, um Fleisch zu verkaufen. Es handelt sich um einen 29-jährigen Kasprak aus Siedlce, der seine Frau ermordet hatte und beabsichtigte, sie spurlos verschwinden zu lassen. Zu diesem Zwecke hatte er mit der Art den Körper zerstückelt und ihn in den Sac gepackt.

\* Tarnopol, 14. Mai. Eine Erdbebenung hat in dieses Gebiet von vier Morgen vollständig vernichtet. Die Erde brach direkt ein und sämtliche auf diesem Gebiet stehenden Häuser und Wirtschaftsgebäude stürzten zusammen.

### Briefkosten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsnachricht unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Kreismarke beilegt.)

M. W. hier. Das uns im „ungefähren“ Wortlaut mitgeteilte Schreiben stellt unter keinen Umständen eine Kündigung der Hypothek dar. Unsres Erachtens haben Sie bei einer eventuellen Anrechnung Aussicht auf Erfolg.

Z. S. hier. Ihre Anfrage eignet sich zur Beantwortung im Briefkosten nicht. Kommen Sie doch einmal zur Ausprache über Ihre Angelegenheit in unsere Schriftleitung, und zwar wochentags zwischen 12—1 Uhr.

A. S. 25. 1. Liquidierung ist unter den gegebenen Umständen ganz ausgeschlossen. 2. Die Posener Getreidebörsen notierte am 5. September 1921 100 Kilogramm Roggen mit 6850 Mk.

3. 62. 1. Wenn Sie nicht einwandfrei nachweisen können, daß Sie hier keine Existenzmöglichkeit mehr besitzen, erhalten Sie die Einreisegenehmigung als polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität nicht. 2. Die Ausfahrt erfolgt zollfrei. Eine besondere Vermögenssteuer brauchen Sie nicht zu bezahlen. 3. An die Abteilung Abwicklung des Deutschen Generalkontinrats in Posen, Johannenhansul. Cieszkowskiego 3. 4. Der Abschluß in einem Lande genügt. Die Abgaben, die in Deutschland zu zahlen sind, kennen wir nicht. 5. Die Forderungen zu beantworten, sind wir nicht in der Lage.

## Drahtgeflechte

liefern a. verzinktem Draht in bester Ausführung. **Holen Sie Offerte ein unter Ang. d. Quantums.**  
**Alexander Maennel Nowy Tomyś 5.**

## Verkaufe kapitalen Drahthaarrüden,

1½ J. alt, graubraun, 70 cm hoch, stark u. gut gebaut, jgd. sehr gut, besonders auf Jagdtag, da überzählig, für 250 Mill. A. Müller, Drawski Mlyn, pow. Czarnków.

## Arbeitsmarkt

### Beamter,

ledig, deutsch und polnisch perfekt, vertraut mit sämtlichen Kanzleiarbeiten, der auch stenographieren und Maschine schreiben kann, gegen vollständigen Unterhalt vom 15. Juni d. J. gesucht. Angebote mit Beugnissabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an (7389)

### Wielkopolska Huta „HELENIT“, Grudziądz, poczta Bronów, pow. Pleszew.

#### Jüngerer, schreibgewandter Wirtschaftsassistent

beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig, zum 1. 7. d. J. auf 2000 Morgen große, intensive Wirtschaft in der Gegend von Szamotuly gesucht. Angebote unter m. 7340 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gesucht wird zum 1. 7. 24 energischer, fleißiger, Schrift mächtiger, jüngerer, unverheirateter (7385)

### Inspektor

für hiesiges Hauptgut. Schriftl. Bew. sind zu richten an die Verwaltung der Herrschaft Owińska.

Für unsere Steindruckerei-Abteilung

suchen wir möglichst bald einen tüchtigen

### Steindruck-Maschinenmeister.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Posen, ul. Zwierzyniecka 6.

Gesucht zu Beginn des neuen Schuljahres, evtl. 1. 8. d. J. evangel.

### Erzieherin oder Hauslehrer

d. auch polnisch beherrscht, für 2 Kinder von 10½ und 9 Jahren. Bild, Beugnissabschriften und Gehaltsansprüche erb. an

Frau Anna Rudolph, Domäne Perzów, pow. Kępno.

Perfekte selbständige

### Wirtin

mit besten Bezeugnissen auf größeres Gut in Pommerellen g. 1. 6. oder später gesucht.

Frau von Maercker, Starajania, Post Czerwionka (Pommer).

versetzt in allem sucht per bald Dauerstellung. Off. an Tomasiewska, Inowrocław, Apteka p. Lwem.

## Mode-Bazar H. Moses-Schönfeld

Poznań, ulica Nowa 6

### Spezial-Haus für Neuheiten

in Kleider- und Kostüm-Stoffen / Seidenwaren / Damen-Konfektion / Kleidern / Blusen und Röcken /

## Stärkemeister,

erfahren in Leitung großen Fabrikbetriebes, möglichst auch mit Kenntnissen in Kartoffelfabrikation u. Maschinenreparatur für bedeutende, neu eingerichtete Kartoffelstärkefabrik in deutschsprachiger Provinz Frankreichs zum sofortigen Auftritt gesucht. Größere leere Wohnung vorhanden. Angebote unter 2. 100 an Rudolf Mośc, Poznań, Wroniecka 12 erbeten.

### Teilhaber, Getreide-Geschäft

in der Provinz mit großem Kapital gesucht.

Angebote unter m. n. 7398 an die Geschäftsf. d. Blattes.

### Einen Müllerlehrling

stelle vor sofort ein. Nehme auch solchen, der schon in der väterlich. Mühle tätig gewesen.

J. Abraham, Mühlenbesitzer, Chodzież.

Suche für meine 100 Mrz. große Wirtschaft

Stütze oder Hauslöchter

zur Unterstützung der Frau im Haushalt. Mädchen vorhanden.

Gest. unter 2. 7318 a. d. Blatt.

Gesucht zu Beginn des neuen Schuljahres, evtl. 1. 8. d. J. evangel.

Erzieherin oder Hauslehrer

d. auch polnisch beherrscht, für 2 Kinder von 10½ und 9 Jahren. Bild, Beugnissabschriften und Gehaltsansprüche erb. an

Frau Anna Rudolph, Domäne Perzów, pow. Kępno.

Perfekte selbständige

Wirtin

mit besten Bezeugnissen auf großes Gut in Pommerellen g. 1. 6. oder später gesucht.

Frau von Maercker, Starajania, Post Czerwionka (Pommer).

versetzt in allem sucht per bald Dauerstellung. Off. an

Tomasiewska, Inowrocław, Apteka p. Lwem.

### Gutsrendantin (Bolin),

sucht per bald Dauerstellung. Off. an

Tomasiewska, Inowrocław, Apteka p. Lwem.

Gesucht zu Beginn des neuen Schuljahres, evtl. 1. 8. d. J. evangel.

Erzieherin oder Hauslehrer

d. auch polnisch beherrscht, für 2 Kinder von 10½ und 9 Jahren. Bild, Beugnissabschriften und Gehaltsansprüche erb. an

Frau Anna Rudolph, Domäne Perzów, pow. Kępno.

Perfekte selbständige

Wirtin

mit besten Bezeugnissen auf großes Gut in Pommerellen g. 1. 6. oder später gesucht.

Frau von Maercker, Starajania, Post Czerwionka (Pommer).

versetzt in allem sucht per bald Dauerstellung. Off. an

Tomasiewska, Inowrocław, Apteka p. Lwem.

### Rechnungsführer,

27 Jahre alt, verheiratet, mit 5jährig. Praxis, im Polnischen firm, vertraut mit Herdbuchhaltung und Hofwirtschaft, sucht von sofort oder später

Stellung auf größerem Gut. Angebote unter 2. 7353 an die Geschäftsf. d. Bl. erbeten.

### Guts-Inspector,

ledig, kath., der poln. Spr. in Wort u. Schrift mächtig, mit langjährigen, besten Bezeugn. aus intens. Wirtsch., sucht v. sofort oder 1. 7. 24 selbstd. Stellung od. v. Überleitung. Off. unter 2. 7353 an die Geschäftsf. d. Bl. erbeten.

Durch Pachtanlage

suche für meinen verheirateten

Wirtschafts- Beamten

vom 1. 7. 1924 oder später Stellung. Denjelben kann ich in allen Wirtschaftszweigen, wie im Rübenbau, Vieh- und Schweinezucht, bestens empfehlen. Besonders hervorzuheben ist seine Energie den Leuten gegenüber. Auch ist er der polnischen und deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig. Angeb. unter 2. 7393 an die Geschäftsf. d. Bl. erbeten.

Durch Pachtanlage

suche für meine 100 Mrz.

große W